Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1927

14.7.1927 (No. 191)

Visual Library

Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2.60 Mk. frei ins Haus, 2.50 Mk. bei der Geschäftsstelle abgeholt, Mk. 2.60 durch die Post ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 10 Pfg., Samstags und Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen nur bis 20. auf den Monatsschluß. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei
Erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenzeitung
Beilagen: Kunst u. Wissen, Frauenrundschau, Blätter für den Familientisch, Aus der kathol. Welt, Sportbeilage Deutsche Jugendkraft, Illustr. Tiefdruckbeilage „Sterne u. Blumen". Geschäftsstelle, Redaktion u. Verlag: Steinstr. 17-21 Fernspr.: Geschäftsstelle 6235, Redaktion 6236, Verlag 6237. Drahtadresse: Beobachter. Postscheckkonto: Karlsruhe 4844

Anzeigenpreis: Die 9 gespaltene 30 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Pfg., auswärts 12 Pfg., für Gelegenheitsanzeigen 6 Pfg. die 4 gesp. 65 mm breite mm-Zeile im Reklameteil 30 Pfg. Rabatt nach Tarif. Bei Zahlungsschwierigkeiten, zwangsw. Eintreibung od. Konkurs kommt der Rabatt in Wegfall. Schluß der Anzeigenannahme 5½ Uhr

Nr. 191 (8 Seiten) **Karlsruhe, Donnerstag, den 14. Juli 1927** **65. Jahrgang**

Fortgang der Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich und Polen

Poincare gerettet

(Eigener Drahtbericht.)

J. H. **Berlin**, 13. Juli 1927.

Ueber die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich und Polen wurden heute mehrere Mitteilungen gemacht. Es scheint demnach als ob eine Verständigung über den Handelsvertrag sowohl mit Frankreich als auch mit Polen auf dem Wege ist. Die Verhandlungen mit Frankreich befinden sich jetzt in einem kritischen Stadium. Es handelt sich dabei bekanntlich um den Abschluß des Provisoriums auf ein Jahr. Frankreich ist deutscherseits volle Meistbegünstigung angeboten worden, selbstverständlich nur unter der Bedingung unbedingter Gegenseitigkeit. Wenn Frankreich nicht zur Bewilligung seiner Minimalsätze für alle Arten deutscher Waren bereit ist, müßte Deutschland gewisse französische Waren z. B. den Wein ebenfalls von der Meistbegünstigung ausschließen. Eine Streitfrage ist z. Zt. noch die Frage des deutschen Schiff-, Waren- und Personenverkehrs in den französischen Kolonien. Was die Dauer des abzuschließenden Abkommens anbelangt, so muß Deutschland auf einer Mindestdauer von einem Jahr bestehen.

An Berliner amtlichen Stellen ist man der Auffassung, daß entgegen der Berliner Meldung eine Unterzeichnung des Abkommens noch nicht erfolgt ist. Feststeht vorerst lediglich, daß ein provisorischer Handelsvertrag mit einjähriger Dauer vereinbart ist, der sich aber nur auf eine wenn auch nicht große Anzahl von Zollpositionen beschränkt. Schwierigkeiten werden im einzelnen französischerseits insbesondere noch wegen der Weinfrage und der Einfuhr von deutschen Farbenindustrieerzeugnissen gemacht.

Paris, 13. Juli. In der heutigen Kammersitzung wurde zunächst die Frage der Kredite für die Aufbesserung der Gehälter und Pensionen beraten. Poincare nahm hierbei das Wort. Er richtete an die Kammer den Appell, die seit einem Jahre erfolgreich betriebene Sanierungspolitik nicht durch unbesonnene Ausgaben gefährden. Die Regierung werde hinsichtlich der von ihr gemachten Vorschläge die Vertrauensfrage stellen. Die Weiterberatung dieser Gegenstände wurde auf heute nachmittag vertagt. Die Kammer nahm sodann den Gesetzentwurf über die Reorganisation der Armee an, in welchem die Regierung ermächtig wird, bestimmte Heereseinheiten umzugruppieren. Sodann wurde eine Interpellation des sozialistischen Abg. Barthe beraten, die sich mit der Lage beschäftigt, die entstehen würde, wenn Deutschland und Frankreich während der Parlamentsferien nicht zu einem Handelsabkommen gelangen würden. Handelsminister Bokanowski erklärte, unsere Unterhändler haben jederzeit noch Mühe, um ein für beide Teile günstiges Abkommen zu erreichen.

Er schlug vor, entsprechend dem Vorgehen des Deutschen Reichstages der Regierung die Möglichkeit zum Abschluß eines Abkommens zu geben unter dem Vorbehalt, daß die Ratifizierung sobald wie möglich erfolgen soll.

Bokanowski gab weitere Einzelheiten über die Schwierigkeiten bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland bekannt. Mit 295 gegen 260 Stimmen wurde sodann die Weiterberatung der Interpellation auf Antrag Bokanowskis auf unbestimmte Zeit vertagt.

Die Radikalen stützen Poincare

Paris, 13. Juli. Die radikale Kammerfraktion hat in ihrer heute nachm. abgehaltenen Sitzung nach einem Bericht des Vorsitzenden des Finanzausschusses der Kammer, des Abg. Malvy, eine Entschließung angenommen, in der zum Ausdruck kommt, daß die Fraktion nach aller Berücksichtigung der Wünsche der Beamten und Pensionäre keine Regelung verantworten könnte, durch die das Budgett-Gleichgewicht und die Finanzierung des Landes gefährdet würden. Aus dieser Entschließung und aus der vorangegangenen Diskussion ergibt sich, daß mehr als ⅔ der radikalen Fraktion für die von der Regierung in der Frage der Gehaltsaufbesserung gemachten Vorschläge eintrete und bemüht sind, das Kabinett in dieser Frage zu unterstützen. Damit ist die Möglichkeit einer Kabinettskrise, die nach der gestrigen Abstimmung des Finanzausschusses der Kammer gegeben war, aller Voraussicht nach ausgeschaltet.

Polens Annäherung

Berlin, 13. Juli. Zu den Zeitungsmeldungen über den Stand der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen erfahren die Blätter, daß in Warschau eine erhebliche Annäherung im Laufe der dortigen Besprechungen erzielt worden ist. Damit steht der Aufenthalt des Gesandten Rauscher in Berlin in Zusammenhang. Ueber die weitere Entwicklung läßt sich aber noch nichts sagen.

Sollte diese Entwicklung wirklich von Dauer sein, so wäre das nur die Anerkennung einer langsamen inneren Reinigung Polens. Vor allem sollen auf dem Gebiete des Niederlassungsrechts, das von großer Wichtigkeit ist, einige Fortschritte gemacht worden sein. Die Zeiten, wo man Wohlen kommandieren, statt eines konkreten Programmes die allgemeine moralische „Sanierung" zu seinem Vorgehen vorschützen und über das Parlament hinweg regieren konnte, scheinen auch für Polen vorüber zu sein. Pilsudski hatte Soldatenglück. Der englische Kohlenstreik dazu war für ihn ein Geschenk des Himmels. So konnte er den Zloty stabilisieren. All dies aber ist jetzt nicht mehr. Die Geldverhältnisse sind wieder verschlechtert, die große Anleihe ist gescheitert und die Währung ist deshalb wieder gefährdet. Zu alledem geht die Legislaturperiode des Sejms im November zu Ende. Das Volk wird nun bis zum Februar zu entscheiden haben, ob es demokratisch (was zweifellos der Wille des Volkes ist) regiert werden will, oder ob wieder das Schwert die Linie der Politik weisen soll. Deutschland kann dieser Entwicklung der freundlichen Annäherung nur begrüßen.

Das Volk in Waffen

Foch und Mussolini sprechen vom künftigen Krieg und das nicht ganz ohne innere Erregung und Besorgnis und nicht ohne dabei die Mattscheibe der Absichtslosigkeit vorzuhängen. Es scheint, daß sie die Geister, die sie riefen, nicht mehr los werden. Wie sehr sie aber dabei selbst die Beteiligten sein werden, ist fast ein offenes Geheimnis. Denn die französischen Sorgen und Befürchtungen richten sich heute im wesentlichen gegen Italien, dessen Expansionsbedürfnis sich offensichtlich gegen französisches Gebiet richtet. Die Folge ist die Heeresreform. Nun herrscht aber im allgemeinen in Frankreich nicht gerade eine Ueberschätzung der militärischen Stärke Italiens. Im Gegenteil. Aber was man befürchtet, ist, daß Italien eines Tages schlagfertig den Konflikt vom Zaune brechen und ohne jegliche Form Frankreich überfallen könnte. Nicht ohne Berechtigung mißt man Italien hinsichtlich der Mobilmachung eine gewisse Ueberlegenheit zu, da durch die Existenz der faszistischen Miliz und die keiner parlamentarischen Kontrolle unterliegenden Regierung eine weitgehende Verschleierung von Kriegsvorbereitungen ermöglicht wird.

Lebhaft bemerkt wird übrigens in Paris die außerorentliche Aktivität der italienischen Marine, die zudem in diesem Jahr zweimal große Flottenmanöver im Tyrhenischen Meer abhält. Auf diese Weise könnte Italien die Mittelmeerherrschaft erlangen, ohne eigenes Flottenrisiko, Frankreich von seinem Menschenreservoir in Afrika trennen und sich in den Besitz der angestrebten Kolonialgebiete in Tunis und Algier setzen. Italien wäre so bei einer Vermittlungsaktion im Vorteil; denn es hätte Pfänder in der Hand. Aus solchen Erwägungen heraus ist das Drängen des Kriegsministers Painleve auf einen möglichst hohen Grad von Mobilar Bereitschaft entgegen den sozialistischen Gegenvorschlägen zu erklären. Das sind trotz aller Bemäntelung die friedlichen Absichten.

Einstimmige Annahme des Reichsschulgesetzes durch die Reichsregierung

(Eigener Drahtbericht.)

J. H. **Berlin**, 13. Juli 1927.

Die Reichsregierung hat die am Dienstag noch nicht zu Ende geführten Verhandlungen über den Reichsschulgesetzentwurf am Mittwoch nachmittag fortgesetzt und abgeschlossen. Offiziell wird folgende Mitteilung ausgegeben:

„Die mehrtägigen Beratungen des Reichskabinettes über den Entwurf des Reichsschulgesetzes sind heute zum Abschluß gelangt. Die Vorlage fand die einmütige Zustimmung des Kabinettes. Bezüglich der Behandlung der süddeutschen Simultanschulen (Artikel 174 der Reichsverfassung) erklärten die Reichsminister Dr. Curtius und Stresemann nach Ablehnung der von ihnen dazu gestellten Anträge, ihren Standpunkt in dieser Frage aufrecht zu erhalten. Die Veröffentlichung des Gesetzentwurfes wird noch in dieser Woche erfolgen."

Es heißt daß der Reichsrat am morgigen Donnerstag in die Sommerferien gehen wird. Demnach würde der Reichsschulgesetzentwurf erst Anfang September im Reichsrat beraten werden. Man möchte jedoch der Hoffnung Ausdruck geben, daß das Schulgesetz, wenn der Reichsrat wieder zusammentritt, so schnell zur Beratung kommt, daß der Reichstag in seiner Septembertagung bereits sich mit dem Entwurf beschäftigen kann.

Kein Einspruch Preußens gegen das Zollgesetz

Berlin, 13. Juli. Wie verlautet, hat sich gestern das preußische Staatsministerium in einer Kabinettssitzung mit der Zollvorlage und ihrer Behandlung im Reichsrate am Donnerstag beschäftigt und beschlossen, von einem Einspruch gegen die Zollvorlage abzusehen. Die preußische Staatsregierung ist dabei von folgenden Erwägungen ausgegangen. Inzwischen ist bekannt geworden, daß die bayerischen Vertreter haben seinerzeit, als die Zollvorlage den Reichsrat zuerst beschäftigte, mit ihren 11 Stimmen aus taktischen Gründen gegen die Vorlage gestimmt.

Daher ist es fraglich, ob eine Mehrheit gegen das Gesetz zustandekommt.

Dazu kommt noch, daß die Reichsregierung im Falle eines Einspruches vermutlich die Angelegnheit nicht noch einmal dem Reichstage vorlegen würde.

Sie würde vielmehr die autonomen Zölle, die im Sommer 1925 beschlossen und inzwischen teilweise ermäßigt worden sind, am 31. Juli in alter Höhe in Kraft treten lassen

und damit wäre handelspolitisch ein noch ungünstigerer Zustand als jetzt geschaffen.

Iwan Kutisker in der Charité †

Berlin, 13. Juli. Iwan Kutisker ist heute mittag gegen 1 Uhr in der Charite verschieden. Die Verhandlungen des Kutiskerprozesses, in der am morgigen Donnerstag das Urteil gefällt werden sollte, hat in dauernder Anwesenheit eines Assistenzarztes der Charite stattgefunden. Nach dem 7. Juli hat Prof. Dr. Hitz der Verhandlungsfähigkeit Kutiskers vor Gericht erneut festgestellt. Anscheinend ist der Tod durch eine plötzlich aufgetretene Lungenembolie herbeigeführt worden.

Der Generalsekretär des Augustinusvereins Dr. Weilbächer gestorben

Düsseldorf, 13. Juli. **Der Generalsekretär des Augustinusvereins zur Pflege der Katholischen Presse, Dr. Paul Weilbächer, ist heute vormittag an den Folgen eines plötzlich aufgetretenen Herzkrampfes gestorben.**

Spekulative Lohnpolitik

Zu einer Rede des Karlsruher Hochschulprofessors Dr. Theodor Brauer auf der Tagung der Gesellschaft für Soziale Reform in Hamburg.

Am 28. und 29. Juni hielt die Gesellschaft für Soziale Reform in Hamburg ihre diesjährige Hauptversammlung ab. Die Verhandlungen bewegten sich um die beiden Themen: „Selbstverwaltung in der Sozialpolitik" und „Die Wirkung von Lohnerhöhungen auf die Kaufkraft und den inneren Markt". Das letztere Thema wurde von zwei badischen Referenten behandelt und zwar von Professor Dr. Lederer (Universität Heidelberg) und Professor Dr. Brauer (Technische Hochschule Karlsruhe). Professor Lederer legte seinem Referat eine Anzahl von Leitsätzen zugrunde, aus welchen zu entnehmen ist: In einer Volkswirtschaft mit freier Konkurrenz wird sich bei vollkommener Beweglichkeit aller Produktionselemente, bei unbeschränkter Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte an jede Art der Beschäftigung und bei gleichbleibender Technik der Produktion immer in kürzester Zeit ein Gleichgewichtzustand einstellen. Die Konkurrenz sichert den höchstmöglichen Stand der Löhne, verhindert Ueberschreitungen ebensogut als Senkungen. In einem solchen System ist auch Arbeitslosigkeit ausgeschlossen. Nun werden immer wieder Aenderungen der technischen Verfahren und damit Störungen eintreten. Treten Hemmungen in der freien Konkurrenz auf, so wird auch die Herstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts verzögert. Eine bewußte Organisation der Warenproduzenten sowohl als auch der Arbeitnehmer bedeutet immer bewußte Tendenz zur Veränderung der Marktsituation derart, daß sich andere Preise bilden und dauernd durchsetzen. Wie die Preise so können u. U. auch die Löhne zu hoch sein. Sie sind es, wenn die Gesamterzeugung eines Volkes nicht groß genug ist, um neben der Menge von Konsumgütern, die bei den bestehenden Preisen von den Konsumenten nachgefragt werden, die abgenutzten Produktionsmittel wiederherzustellen und entsprechend auszubauen. Alle Maßnahmen der Lohnpolitik sind Maßnahmen der Konjunkturpolitik. Die Frage, ob solche lohnpolitischen Maßnahmen getroffen werden sollen, ist daher von den jeweils gegebenen konjunkturellen Zuständen abhängig.

Als zweiter Redner sprach alsdann Herr Professor Dr. Bauer-Karlsruhe. Er wies zunächst darauf hin, daß die isolierende, von Raum und Zeit absehende Methode der Wirtschaftswissenschaft dem Problem „Lohnerhöhung und Binnenmarkt" nicht ganz gerecht werden könne. Er hielt es auch deshalb für seine Aufgabe, die abstrakten Untersuchungen des Fragenkomplexes durch wirtschaftspolitische Feststellungen und Erwägungen zu ergänzen. Zunächst sei zu sagen, daß die Forderung der Gewerkschaften nach wirklicher Lohnerhöhung schon dadurch verständlich sei, daß die fortschreitende Rationalisierung die Senkung der Warenpreise tatsächlich bisher nicht gebracht habe. Die Frage sei nur, ob Lohnerhöhung in der Tat Steigerung der Kaufkraft und damit Belebung des Wirtschaftslebens verbürge. Die Lohnerhöhung solle zweierlei bewirken: 1. Realisierung der in der Rationalisierung vorhandenen Möglichkeiten zur Aufbesserung der Kaufkraft; 2. Vorwegnahme einer künftig zu realisierenden Lohnaufbesserung, um durch die steigende Nachfragefähigkeit den Innenmarkt zu beleben und den kritischen Punkt der wirtschaftlichen Entwicklung zu überwinden. Brauer bezeichnete diese beiden Aufgaben als regulative und spekulative Lohnerhöhung. Eine Wirtschaftsepoche, deren Kern die „Unternehmung" und deren Eigenart der Kredit als die schöpferische Vorausnahme künftiger Möglichkeiten sei, könne auch die spekulative Lohnerhöhung nicht grundsätzlich verneinen. Brauer nimmt nun an, daß sich bei der so plötzlichen und umwälzenden Rationalisierung in der Nachkriegszeit, einem Gesetze der Trägheit entsprechend, die Vorkriegsauffassung der Produktionsbedingungen nicht gleichmäßig der schnell veränderten Wirtschaftslage angepaßt und auch der Lohn nicht mit dieser Entwicklung Schritt gehalten habe. Auf die Dauer werde sich aber diese Ausgleichung der Lohnhöhe an die Produktivität zwangsläufig durchsetzen, denn erst dies gewährleistet doch schließlich die rationellste Verwertung des Anlagekapitals. Es sei zuzugeben, daß auch die falsche Solidaritäts-

auffassung der Gewerkschaften mit ihrer Lohngleichmacherei, welche der organischen Verbindung mit dem Betriebe entbehre und der darum auch der Zugriff auf die Vorzugsrente günstiger Unternehmungen versagt bleiben müsse, mitschuldig sei an der Versteifung der Verhältnisse.

Wie aber sei nun die spekulative Lohnerhöhung zu beurteilen? Die Vertröstung der Arbeiterschaft auf einen künftigen Abschluß der Rationalisierung sei ein Unsinn in Hinsicht auf die Tatsache, daß dieser Prozeß ein in seiner Gesamtentwicklung nicht abzusehender, kontinuierlicher ist, in dessen Verlauf der jeweiligen Unternehmung offenbar fortschreitend Vorteile zerfallen. Schließlich sei ein solcher Fortschritt dadurch nur gewährleistet, wenn das Interesse der Arbeiter ihn mit vorwärts treibe. Der Einwand, daß Lohnerhöhung sich in der Regel in konsumtiver Kaufkraft auflöse und damit der Vermehrung des Realkapitals, wie sie die regelmäßige Wirkung steigenden Unternehmerprofits ist, verloren gehe, werde fraglich, wenn man beobachtet, welche Förderung die Kapitalbildung, z. B. durch die Konsumgenossenschaften, die Volksbanken und Versicherungsunternehmungen gerade seitens der breiteren Schichten der Arbeiter erfahre. Wenn diese Vorgänge auch nicht direkt auf dem Kapitalmarkt sichtbar würden, so beweise doch ein Blick auf das Durchschnittsbudget etwa des heutigen Angestellten, welch großer Prozentsatz der Ausgaben „kapitalbildend" und nicht mehr mit dem Vorkriegsstande der Dinge gleichzusetzen ist. Andererseits würde eine verstärkte Anhäufung jetzt eine Absatzstockung herbeiführen. Eine relative Begrenzung des Lohnfonds sei zwar gewiß nicht zu leugnen, aber die Tatsache der höheren Profite aus dem Austausch mit nichtkapitalistischen Wirtschaften beweise, daß noch Spielraum zur Erhöhung des Lohnanteils vorhanden sei. Die heutige Lohnanarchie müsse durch eine ernstest Zusammenarbeit von Arbeitern; Unternehmern und Wissenschaftlern zu überwinden gesucht werde.n

Der Gedanke Professor Brauers von der „spekulativen Lohnpolitik" verdient jedenfalls eine ganz besondere Beachtung und zwar vor allem auch auf Arbeitgeberseite. Der Unternehmer darf nicht vergessen, daß sein Name vom „unternehmen" herstammt, was doch schließlich nichts anderes heißt, als kühne Versuche zu machen. Wenn man bisher auf dem Rücken der Arbeiter experimentiert hat, warum kann man denn nicht auch einmal für die Arbeiter experimentieren?

Die Vertreter der Arbeitgeber haben freilich in der nachfolgenden Aussprache sehr scharf betont, daß die höhere Produktivität die Voraussetzung höherer Löhne sei, und man bewege sich in einem Zirkel. Hier stelle man die höheren Löhne, die höheren Absatz schaffen würden, voran, dort die höhere Produktivität und den höheren Absatz, was dann eine automatische Erhöhung der Löhne nach sich ziehen würde.

Das Referat Professor Brauers war zweifellos ein äußerst wertvoller Beitrag zu dem so umstrittenen Kapitel der Lohnfrage und es wäre nur zu wünschen, daß diese Gedanken eine recht weite Verbreitung finden.

gen.

Der Achtstundentag in der Eisenindustrie

Berlin, 13. Juli. Der Reichsarbeitsminister hat nach Blättermeldungen aus Essen die Arbeitgeber der gesamten eisenschaffenden Industrie aus Rheinland, Westfalen, Oberschlesien, Mitte-l und Süddeutschland heute nach Berlin eingeladen, um ihre Ansichten zu dem Gutachten des Reichswirtschaftsrates zu hören, wonach der Reichsarbeitsminister aufgrund der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 die reine achtstündige Arbeitszeit in der Großeisenindustrie einführen könne.

Wie das WTB. erfährt, begann heute vormittag im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns die angekündigte Besprechung mit den Vertretern der deutschen eisenschaffenden Industrie über die Frage der achtstündigen Arbeitszeit, deren Wiedereinbringung in der Großindustrie ein Gutachten des Reichswirtschaftsrates angeregt hat. Die Konferenz wird wohl längere Zeit in Anspruch nehmen.

Diese Tatsache beweist nur wieder, daß die Urteile der Oppositionspresse, die die Arbeit der jetzigen Regierung aus begreiflichen Gründen so gering wie möglich hinstellen und der Regierung vorwerfen, sie hätte ihre Vorlagen nicht aus sachlichen Erwägungen geboren, falsch sind. Hätten Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich im Reichswirtschaftsrat zusammenfinden können, um die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in der Großindustrie zu empfehlen, wenn nicht im Arbeitszeitnotgesetz die Vorarbeit geleistet worden wäre? Die kleinliche Einstellung der Sozialdemokratie kann uns nur ermuntern, den Kampf um die sozialpolitische Gestaltung des neuen Deutschlands auch weiterhin energisch fortzuführen. Ob in einer Koalition mit den Sozialdemokraten im verflossenen Reichstag auf sozialpolitischem Gebiet und auch sonst mehr erreicht worden wäre, ist zudem doch sehr fraglich.

Die Unwetterkatastrophe in Sachsen

Von Heinrich Zerkaulen

Unser Wagen saust. Herrliche Sonne, üppige Felder, die Berge der Sächsischen Schweiz zum Greifen nahe. Wir sitzen geduckt, Karten ausgebreitet auf den Knien, der Kilometerzeiger weist auf 80. Nichts ist zu sehen, sie arbeiten friedlich auf den Feldern. Ob nicht alles übertrieben ist? Da, vor uns drei schwere Lastzüge mit Reichswehr, ein Wagen mit Pioniergerät. Vorüber. Scharfe Wendung ins Erzgebirge hinein. In sausender Fahrt durch lange Dorfstraßen. Plötzlich überall Gruppen von Menschen. Sie schimpfen nicht hinter uns her wie sonst, sie blicken nur mit weiten Augen uns nach, ängstlich, stumm, die Hand am Mund.

*

Glashütte, die Stadt der Uhren und Feinmeßgeräte, die Stadt, die ihrer Schulden wegen unter Staatsaufsicht steht. Kurz vor dem Bahnhof Halt. Schutzpolizei. „Sie dürfen nicht weiter." Journalistenpaß des sächsischen Innenministeriums. „Danke passieren!" Wiederum Halt. Wir steigen aus. Feuerwehr sperrt den Weg, Sanitäter schleppen Tragbahren an, Technische Nothilfe, Reichsbannerleute, Jungdeutscher Orden, Militär in Hose und Mütze, nackte Oberkörper. Mitten auf dem Platz ein umgeworfener Eisenbahnzug, einzelne Wagen 200 Meter weit fortgeschleudert gegen ein Haus, dem der Giebel eingedrückt ist, gegen eine schwere Steinbrücke, die mitten durchbrach. Aus den Wassermassen der Müglitz ragt noch ein Stein mit dem Wappen des Kurfürsten Moritz und der Jahreszahl 1545.

„Der da hat auch Frau und zwei Kinder verloren, alles verloren, hat vor einem Jahr ein photographisches Atelier aufgemacht," sagt ein fremder Mann zu mir. „Wie ist das nur so rasch gekommen?" „Das kann Ihnen kein Mensch beschreiben," sagt ein Dritter. „Ich stand auf der Brücke nach dem ersten Wolkenbruch, wir hatten alarmiert, aber das Wasser ging zurück. Vor dem Bahnhof wartete der fahrplanmäßige Zug 10,12 aus Dresden. Plötzlich ein Schrei, ganz Glashütte schreit, der Zug wird von Wassermassen vorangeschoben, ein Wagen löst sich, wird abgetrieben, schlägt gegen das Haus an steil bis zum Dach und schlägt um. Wasser dringt durch die Haustür, steigt rasend rasch in der Stube, Mutter und Tochter wollen nach vorn heraus sich retten, springen aus dem Fenster und springen in die zwei Meter hohe Wasserflut, die sich vor dem Hause geteilt hat. Wir haben sie noch nicht gefunden."

Ein Fabrikant, Paul Straßberger, führt uns bis zum Stadthotel. Ueberall Schlamm, Holzstämme, Eisenbahnschienen aufgewickelt wie Draht. Daneben die weltbekannte Uhrenfabrik Aßmann. Die Feinmaschinen stecken in Schlamm und Heu und Holzteilen. Das Holz hat die Wände eingedrückt, als seien sie aus Papier. In die Gaststube des Stadthotels ist das Wasser in Minuten hoch gestiegen bis in Schrankhöhe. Der zehnjährige Sohn des Wirtes hat seinen Kopf zur Ventilation über die Türe herausgesteckt, um nicht zu ersticken. „Der Lokomotivführer des Zuges, den Sie da draußen liegen sehen, ist auf die Esse der Lokomotive geklettert in Brusthöhe über dem rasenden Wasser. Ein Reisender stand bis zum Hals im Wasser und hat zwei Stunden lang sein dreijähriges Kind mit beiden Armen über sich gehalten. Sie schrien alle entsetzlich, wir konnten nicht an sie heran. Erst als das Wasser fiel, haben wir auch Vater und Kind gerettet, der Mann fiel ohnmächtig um."

Zehn Minuten weiter die große Rechenmaschinenfabrik der Vereinigten Werke, ein Trümmerhaufen. Die Müglitz bildet hier einen See. Mitten darin steht die Handelsgärtnerei von Leubert. Herr Straßberger erzählt: „Vor Schreck hatte die Frau eine Fehlgeburt. Dann, als das Wasser kam, und sie und die Ihrigen auf den Schrank geklettert, habe sie ein Loch in die Decke über sich geschlagen, um in das obere Geschoß zu kommen, da die Treppe schon weggerissen war. Daraus haben wir sie heute morgen um 5 Uhr zu acht Mann herausgeholt."

Wo die Müglitz wieder rechts abbiegt, liegt die Wirtschaft „Zur Brückenmühle." Da sind drei Mann vom Skattisch weg von den Fluten mitgerissen worden. Wer nicht augenblicklich die Berghänge hoch flüchten konnte, war verloren. 18 Tote zählen sie allein in Glashütte. Im Bürgermeisteramt halten sie gerade Sitzung ab, als ich hinzukomme. Man hat nicht genug Särge.

*

Alle sagen, das Unglück habe sich in wenigen Minuten abgespielt. Wie war diese Naturkatastrophe nur möglich? Wolkenbruch zunächst. Aber schlimmer war das Holz, dem nichts wiederstand. In den ganzen Tälern liegen Holzschleifereien, sind Millionen-Werte aufgestapelt gewesen. Man rechnet in dem ganzen Unglücksgebiet mit 120 Toten. Es werden an die 200 sein nach erster Schätzung. Ein Beispiel hierfür.

*

Auf großem Umweg versuchen wir Lauenstein zu erreichen. Immer wieder Irrfahrten, hier ist der Weg aufgerissen, hier ein Brücke fortgeschwemmt, da sieht man den Schienenweg der Schmalspurbahn wie Streichhölzer aufeinandergelegt. Wo Klee und Hafer standen, ist eine Wüste von Schlamm, die Zeitungsmeldungen haben nicht nur nicht übertrieben, man ahnt bis zur Stunde auch nicht einmal schätzungsweise den Menschen- und Materialschaden einschließlich des Verlustes an ertrunkenem Vieh. Es ist dies die größte Katastrophe, die Deutschland in den letzten Jahren betroffen hat. Und diese Schilderung nur ein winziger Bruchteil, eines erschütternden Materials. Die Bahn verloren, Die Chaussee unpassierbar, so sind ganze Ortschaften nur über den Gebirgskamm von Altenberg, Geising zu erreichen. Die Leute haben kein Licht, keine Nahrung, kein Wasser. Alle Telephonverbindungen sind unterbrochen.

Wir streben hin, wo noch keine Reichswehr und keine Nothilfe sich hingefunden hat. Ein steiler Berg führt hinunter in die Ortschaft Bärenhecke an der Bahnlinie nach Bärenstein. Als wir im Schlamm weiter zu kommen suchen, läuft ein Mann hinter uns her. Ein Rittmeister v. Lüttichau, der Herr dieser unermeßlichen Ländereien, will uns sprechen und uns einiges zeigen. Ach, „einiges zeigen"!

Da die Straße auf hundert Meter aufgerissen ist, umspült von dunkelbraunem Wasser mit zischenden, weißen Wellenkämmen, klettern wir über ein sumpfiges Waldgelände, um im Tale zum großen Sägewerk von Oswald Zimmermann zu gelangen. Unterwegs treffe ich einen Mann, der im Eimer das Wasser vom Berge holt. Immer wieder die erste Frage: „Wie konnte das nur so rasch kommen?"

„Weiß nicht," sagte er. „Wir hatten plötzlich kein Licht mehr. Sahen nur Blitze und flammenden Himmel. Meine Frau sagt, das Wasser kommt ja über die Straße. Bei jedem Blitz mehr Wasser. Plötzlich ein Donnerschlag, eine Tanne schneidet uns das halbe Haus entzwei. Wasser drängt schon durch die Haustür. Wir wollen die Gäule retten. Die Frau des Kutschers, ihr 21-jähriger und 12jähriger Sohn helfen. Auf einmal reißt mich meine Frau die Straße hoch, etwas Dunkles kommt angeschwommen, es ist der Motorlastwagen aus der Garage. Die Kutschersfrau mit ihren beiden Söhnen reißt er mit sich fort. Die Leichen konnten wir noch nicht bergen."

Der Mann erzählt ganz einfach und sachlich. Wir schweigen entsetzt. „Hat sich denn der Besitzer retten können?" fragte ich.

„Ich bin selbst der Besitzer Zimmermann. — Ja, Sie müssen entschuldigen, wir arbeiten seit gestern nacht."

Der Rittmeister, nur um etwas zu sagen: „Und die Gäule sind Ihnen abgetrieben?"

„Nein, sie sind in ihrem Stall geschwommen bis heute morgen. Da standen sie bis zum Kopf unbeweglich im Schlamm. Wir haben sie erst ausgraben müssen."

*

Unser Wagen wird auf Umwegen nach Bärenstein geschickt. Wir selbst bahnen uns unter Führung des Rittmeisters einen Weg durch das völlig aufgebrochene Tal. Es gilt das Schaurigste zu sehen.

Bahnhof Bärenstein. „Unser Bahnmeister ist ein toller Schwimmer. Als das Wasser kam, ist er aus dem Bahnhofsgebäude gesprungen und mußte mit den Wassermassen 500 Meter weit schwimmen, bis es ihn gegen eine Baumkrone geworfen hat. Hier hat er sich an Telephondrähten und Baumästen drei Stunden lang festgehalten. Ein anderer Arbeiter flüchtete auf einen Steinschuppen und hielt sich gegen die andräuende Macht der Holzstämme. Er kann nicht mehr gehen, seine Knochen sind noch ganz, aber Haut und Fleisch sind abgerissen.

Und das Schaurigste, das wir sehen, der eingeklemmte Wald von geschälten Baumriesen vor der Schloßmühle in Bärenstein! Hier befand sich vor ein paar Tagen noch die Kistenfabrik von R. Leimbrock Nachf. Als die erste Meldung vom Hochwasser kam — es handelt sich immer wieder um die neunte Abendstunde — alarmierte der Betriebsleiter die Feuerwehr von Bärenstein. Fünf Mann kamen. Das Wasser geht zurück, die Gefahr scheint vorüber. Sie setzen sich auf einen der riesigen Holzstappel, die hier aufgehäuft sind. Plötzlich, die Hölzer geraten ins Rollen. Drei können sich retten, zwei Mann reißen die Baumstämme mit sich, schieben sich ineinander, quer, ragen hoch und durcheinander, ein Wald nackter Hölzer, ein Krater weißer Holzleichen, unten durchbraust die Müglitz, schaurig. Schaurig.

*

In Weesenstein hat der dortige Bürgermeister, der Bürstenmeister Weidauer, die Ortschaft alarmiert. Er selbst rast das Dorf herab. Als er umkehren will, sperren ihm die Wasser den Rückweg. Ein Wettlauf mit dem Tode beginnt, er rettet sich auf ein Bahnwärterhäuschen und erlebt in furchtbarer Todesangst das Steigen und Fallen des Wassers.

Bei Berggießhübel steht ein Haus, man sieht den dunklen Wasserstreifen bis zum zweiten Stock. Das Haus lehnt gegen eine Bergwand. Sie konnten nicht mehr aus dem Haus, um den Berghang hochzuklettern. Sie sind bis zum Heuboden gestiegen, eine Hand breit über dem Wasserstreifen haben sie drei Stunden lang ausgehalten, dauernd den Tod vor Augen.

Ein Mann sagt zu mir: „Ich war vier Jahre im Krieg, diese Nacht könnte ich nicht noch einmal erleben. Es war wie ein Schnellfeuer von Kanonen und Maschinengewehren, das Prasseln der Fluten, das Krachen z usammenstürzender Häuser. Ich dachte nur, die Welt geht unter."

*

Spät in der Nacht kommen wir auf Umwegen von Altenberg nach Geising. Wir sind 200 Kilometer durch Not und Tod gefahren. Im Gasthof wird Zither gespielt, Sektflaschen stehen auf dem Tisch. Sie machen Knieübungen, um zu beweisen, daß sie noch nüchtern sind.

Man soll keinem Menschen einen Vorwurf machen, sie wissen ja noch von nichts, die Abendzeitungen sind ja noch nicht da.

Mir liegt immer noch im Ohr das Wort: Ich dachte nur, die Welt geht unter . . . .

*

Beisetzung weiterer Opfer

Bergießhübel, 12. Juli. Der gestrigen Bestattung von sieben Opfern der Unwetterkatastrophe folgte heute nachmittag die Beisetzung von weiteren 54 Todesopfern. Am Grabe sprachen der Landesbischof Dr. Ihmels, der Ortsgeistliche und der Vertreter des Superintendenten Es wohnten den Beisetzungsfeierlichkeiten außer Vertretern der Reichsregierung bei der sächsische Ministerpräsident Dr. Heldt, Vertreter der städtischen Behörden, sowie Abordnungen des Reichsbanners, des Roten Frontkämpferbundes, vom Werwolf, Stahlhelm und vom Jungdeutschen Orden.

Die Hilfsmaßnahmen

Der sächsische Landtag und die Unwetterkatastrophe.

Dresden, 13. Juli. In der heutigen Sitzung des sächsischen Landtages gab Ministerpräsident Heldt eine kurze Schilderung der Lage im Unwettergebiet. Etwa 30 Häuser seien gänzlich verschwunden und über 100 in einem solchen Zustande, daß sie abgebrochen werden mußten. Die Wiederaufbauarbeiten dürften in etwa 14 Tagen soweit gefördert sein, daß ein Notverkehr auf den zerstörten Straßen wieder aufgenommen werden könne und die Elektrizität-, Gas-, Wasser- und Telefonanlagen wieder hergestellt sein würden. Die sächsische Regierung habe heute beschlossen, weitere 10 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Reichswehrminister Dr. Geßler und drei Reichskommissare aus Berlin seien im Unwettergebiet eingetroffen, um Unterlagen für ein Eingreifen des Reiches zu beschaffen. Der Ausschuß beschloß einstimmig, die Regierung zu ermächtigen, nicht nur für die Ostsächsischen, sondern auch für die Westsächsischen vom Unwetter betroffenen Gebiete die zu einer Hilfsaktion notwendigen Geldern zu verausgaben.

Reichshilfe für das Unwettergebiet.

Berlin, 12. Juli. Der Reichsminister des Innern hat die von der Reichsregierung bewilligten Mittel zur Linderung der schweren Schäden überwiesen. Ein Teilbetrag wurde der preußischen Regierung für die auf preußischem Gebiete entstandenen Sachschäden zur Verfügung gestellt. — Die Reichsregierung hat den Ministerialdirektoren von Kommeke und Dr. Lotholz vom Reichsinnen- und Reichsfinanzministerium zur Besichtigung der auf sächsischem Boden entstandenen Schäden entsandt.

Berliner Hilfe für Sachsen.

Berlin, 13. Juli. Der Magistrat von Berlin beschloß, der sächsischen Regierung zur Unterstützung der Opfer des Hochwasserunglücks im Erzgebirge den Betrag von 50 000 Mark zur Verfügung zu stellen.

Teilnahme des amerikanischen Roten Kreuzes an dem Unglück im Erzgebirge.

Berlin, 12. Juli. Das amerikanische Rote Kreuz hat seine aufrichtige Teilnahme an der Unwetterkatastrophe im Erzgebirge telegraphisch ausgedrückt und angefragt, ob seine Dienste erwünscht seien. Das deutsche Rote Kreuz hat im Benehmen mit der sächsischen Regierung auf das herzlichste gedankt.

Spenden für die durch das Unwetter in Sachsen Geschädigten.

Berlin, 13. Juli. Nach Mitteilung der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Nothilfe Berlin, W. 8, sind die Spenden von Kleidungsstücken und brauchbaren Lebensmitteln für die Opfer der schrecklichen Hochwasserkatastrophe dringend erwünscht. Es wird gebeten, derartige Spenden unmittelbar an das sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium Dresden N. 6 zu senden. Da der Gesamtschaden auf 90 bis 100 Millionen Reichsmark geschätzt wird, möge Jeder nach seinen Kräften dazu beitragen, den von der Katastrophe Betroffenen zu helfen. Geldspenden auf Postscheckkonto 160 000 erbeten.

Das Erdbeben in Palästina

Jerusalem, 12. Juli. Die englischen Fliegerabteilungen unterstützten wirksam die Hilfeleistungen in den von dem Erdbeben betroffenen Gebieten Palästinas. In Hebron wurden vier Personen getötet. In etwa 20 Städten und Dörfern sind Opfer an Menschenleben zu beklagen.

Die Trümmerstätte Nablus.

Die vom Erdbeben heimgesuchte Stadt Nablus bietet ein fruchtbares Bild der Zerstörung. Viele Häuser sind gänzlich zusammengestürzt, kein einziges Haus ist ganz verschont geblieben. Die Geschäftsstraßen sind verwüstet, die Bevölkerung hat außerhalb der Stadt in Zelten eine notdürftige Unterkunft gefunden. Unter Leitung der englischen Polizei ist man inmitten der Einsturzgefahr an der Arbeit, um aus den Trümmern noch Verschüttete zu retten. Die Haltung der Toten zeigt, daß sie bei ihrer gewohnten Beschäftigung vom Tode überrascht worden sind. Nach behördlichen Schätzungen hat das Erdbeben in Palästina über 150 und im Lande jenseits des Jordans etwa 100 Tode gefordert. Verletzt sind über 500 Menschen. Europäer befinden sich nach den bisherigen Meldungen nicht unter ihnen.

11 Opfer eines Eisenbahnzusammenstoßes.

Toledo, 13. Juli. Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Personenzug und einem Güterzug wurden hier 11 Personen getötet. Ein Wagen des Personenzuges wurde von einem Güterwagen vollständig begraben, der mit Zement beladen war.

Würdigung des neuen Gebäudesondersteuergesetzes

In der Vollsitzung des Badischen Landtages am 1. Juli machte Abg. Dr. Föhr zum Gebäudesondersteuergesetz u. a. folgende Ausführungen:

„Die Vorlage, der wir unsere Zustimmung geben werden, sieht — das möchte ich ausdrücklich nochmals feststellen — eine Steuererhöhung nicht etwa für die Landwirtschaft, ebensowenig für das Gewerbe und auch nicht für alle Hausbesitzer der Gruppe A vor, sondern nur für diejenigen Hausbesitzer der Gruppe A, deren Anwesen am 31. Dezember 1918 mit mehr als 50 Proz. verschuldet gewesen ist.

Daß eine gewisse Steuererhöhung erfolge, findet bei maßvollen Hausbesitzern auch durchaus Verständnis. Selbstverständlich freuen sie sich nicht darüber. Niemand oder nur sehr wenige Menschen werden sich darüber freuen, wenn sie mehr Steuern zahlen müssen (Zuruf). Gewiß, sie freuen sich also nicht. Aber ich sagte ja auch, es findet die Steuererhöhung bei maßvollen Hausbesitzern „Verständnis" und zwar deswegen, weil sie mit ansehen, daß auch der Mieter eine sehr schwere Belastung tragen muß; insbesondere gilt das für viele Mieter mit schlechten Einkommensverhältnissen: Die erwähnten Hausbesitzer sehen und erkennen an, daß für solche Mieter die Mieterhöhung eben doch ein ganz erhebliches Opfer darstellt. Die Hausbesitzer, von denen ich sprach, sind denn auch bereit, ihrerseits selbst da ein Opfer zu bringen, wo es an und für sich im Interesse einer geordneten Instandhaltung des Gebäudes wünschenswert wäre, daß ihnen ein größerer Prozentsatz der Mieteinnahmen zugewiesen würde.

Sodann kommen wir durch das neue Gesetz dahin, daß wir nun das Reichsgesetz erfüllen. Denn dort ist vorgeschrieben, daß mindestens 35 Proz. der Friedensmiete weggesteuert werden sollen. Wir werden für die Gebäudegruppe A nun diese 35 Proz. erreichen, die Steuer wird da 36 Proz. ausmachen.

Sodann wird gerade von seiten derjenigen, die von der Steuer betroffen werden, anerkannt werden müssen, daß wir in Baden für sie durchaus Verständnis gezeigt haben — so sehr Verständnis gezeigt haben, daß der Herr Kollege Dr. Mattes vorhin, wenn ich ihn richtig verstanden habe, aussprechen konnte, daß allen Hausbesitzern im Laufe des Jahres wesentliche Vergünstigungen durch die neue Gesetzgebung zuteil geworden sind. Das ist auch durchaus richtig, und ich freue mich, daß der Herr Kollege Dr. Mattes das anerkannt hat. Draußen liest man's und hört man's manchmal anders, aber es ist wahr: es ist den Hausbesitzern manche Vergünstigung zuteil geworden; unseres Erachtens zu recht, weil sie vorher steuerlich zu sehr herangezogen waren.

Ich habe vorhin gesagt, daß es maßvolle Hausbesitzer gibt, die Verständnis haben insbesondere für die Regelung, wie sie jetzt getroffen ist. Eine Eingabe von seiten der Hausbesitzer in Karlsruhe hat hier direkt eine Regelung vorgeschlagen auf dem Boden, wie sie jetzt durch das Gesetz getroffen werden soll. Ich habe mich aufrichtig gefreut, daß von seiten des Hausbesitzervereins in Karlsruhe diese Haltung eingenommen worden ist, und zwar um deswillen gefreut, daß von seiten des Hausbesitzervereins uns ermöglicht hat, ein Gesetz zustande zu bringen, das eine solche Mitte — nach meinem Dafürhalten gerechte Mitte — einschlägt, wie es jetzt der Fall ist. Hätte man auch hier eine radikale Sprache gesprochen, wie manche andere Eingabe es schon getan hat, dann glaube ich, daß es nicht möglich gewesen wäre, für den Hausbesitz das zu erreichen, was jetzt erreicht ist (Sehr richtig! beim Zentrum), und ich kann nur die Hoffnung hegen, daß man auch in Zukunft auf Seiten der Hausbesitzer Maß hält. Es gibt eben auch Mieter, und auch deren Interessen sind zu berücksichtigen und auch deren Motive und Argumente, die sie vorbringen, sind durchaus beachtenswert und zu prüfen. Deswegen ist hier eine gewisse Mitte einzuhalten, und die Hausbesitzer werden weiter kommen, wenn sie sich in ihrer Politik und Taktik darauf verlegen, die Mitte zu suchen, als wenn sie glauben, radikal einseitig ihre Auffassung vertreten zu sollen. Wenn sie letzteres tun, dann kommen sie unter die Räder, weil die Zahl der Mieter viel, viel größer ist, als die Zahl der Hausbesitzer. Also ich freue mich darüber, daß diese maßvolle Haltung zum Ausdruck gekommen ist, und ich möchte hier aussprechen, daß die Hausbesitzergruppe Karlsruhe, die so maßvoll taktiert hat, sich ein gut Teil Verdienst zuschreiben darf, daß das Gesetz so ausgefallen ist.

Nun werden dem Hausbesitz von der Mieterhöhung vom 1. April, soweit er überhaupt unter die Steuererhöhung fällt, künftig 6 Proz. mehr bleiben, als es bisher der Fall gewesen ist. Man muß aber den Mietern gegenüber sagen, daß es dafür auch sehr beachtliche Argumente gibt, daß man dem Hausbesitz etwas geben mußte. Ich bin nicht der Meinung, wie sie in Preußen vielfach zu bestehen scheint, daß man den Hausbesitz derartig wahnsinnig mit Lasten belegen soll, wie es faktisch in Preußen geschieht, wo man 48 Proz., vom 1. Oktober 50 Proz. der Miete wegsteuert. Das ist meines Erachtens viel zu viel, ich halte das für durchaus falsch, auch vom Standpunkt einer gesunden und richtigen Wirtschafts- und Wohnungspolitik aus. Wir wissen alle miteinander, daß in vielen Städten im Laufe des Jahres Umlageerhöhungen eingetreten sind oder eintreten. Das muß eine gewisse Berücksichtigung finden. Zum Teil wirkt diese Umlageerhöhung noch zurück auf das verflossene Jahr, weil Nachträge erhoben worden sind; von dem haben die Hausbesitzer letztes Jahr nichts bekommen. Wenn also hier ein gewisser breiterer Spielraum gelassen wird, so daß man den Prozentsatz für die Betriebskosten etwas erhöhen kann, so halte ich das für gerecht. Man wird dann das mit einbegreifen und mit berücksichtigen, daß Umlageerhöhungen vor sich gegangen sind und vor sich gehen.

Auch begrüße ich es, wenn etwas mehr frei wird für Instandsetzungskosten. Hier stehe ich auf dem Boden derjenigen, die der Auffassung sind, daß der Hausbesitzer viel mehr Reparaturen vornehmen kann und wird, wenn er höhere Mieteinnahmen hat. Gewiß, es gibt manche Hausbesitzer, die von der Mieteinnahme leben; die werden natürlich nicht viel machen lassen, auch wenn sie mehr für sich zur Verfügung haben. Aber es gibt viele andere Hausbesitzer, und das ist die große Mehrzahl, die ein sonstiges Einkommen haben und ihre Freude daran haben, wenn ihr Haus gut im Stande ist, und die dann sicherlich manche Reparatur und manche Instandsetzung durchführen lassen, wenn sie jetzt etwas mehr Geld für sich zur Verfügung haben.

Es freut uns sodann ganz besonders, daß die Gesamtmittel, die jetzt durch die Steuererhöhung aufkommen, dem Wohnungsbau restlos zugeführt werden können. Es war sehr interessant, was der Herr Minister uns vorhin über das Ergebnis der Reichswohnungszählung in Baden mitgeteilt hat. Es zeigt sich dabei, daß wir doch nicht so ganz falsch gesehen haben, und daß unsere Auffassung richtig war, wenn wir gesagt haben: die Tätigkeit der Regierung und unsere Gesetzgebung im badischen Land hat ihre Früchte gezeitigt, man sieht die Erfolge unserer Wohnungspolitik, es sind so und so viele Wohnungen neu entstanden, es ist faktisch eine Linderung der Wohnungsnot vor sich gegangen. Der Herr Minister hat von ein bis zwei Jahren gesprochen, wo er auch der Ueberzeugung ist, daß es zum mindesten Orte in Baden gibt, wo der Wohnungsbedarf gedeckt sein wird. Das entspricht in weitem Umfang der Auffassung, wie wir sie auch gehabt haben, daß unsere Politik eine gute gewesen ist, und daß wir wirklich auf dem Weg zum Abbau der Zwangswirtschaft kommen können, weil wir Wohnungen bauen. Hätten wir aber die Gebäudesondersteuer nicht erhoben, hätten wir es gemacht, wie die Parteien, die sie abgelehnt haben, dann könnten die Hausbesitzer nach 100 Jahren noch nach dem Abbau der Wohnungszwangswirtschaft rufen (Sehr richtig! beim Zentrum). Also war unsere Politik die richtige und vernünftige. Es waren Opfer, die wir dem Volk auferlegt haben ... (Abg. von Au und Abg. Klaiber: Sie werden doch nicht das Gegenteil sagen). Herr Klaiber, haben Sie einmal den Mut, hier das Gegenteil von dem zu behaupten, was ich jetzt gesagt habe, zu behaupten, daß wir ohne die Gebäudesondersteuer auf dem Gebiete des Wohnungsbaues das erreicht hätten! Haben Sie einmal den Mut, das hier auszusprechen! Wenn sie aber mit mir dieser Auffassung sind, dann müssen Sie auch anerkennen, daß es richtig gewesen ist, die Gebäudesondersteuer zu erheben und auf diesem Wege Mittel bereit zu stellen, um die Wohnungsnot zu lindern und allmählich langsam zu beheben. Das ist unser Ziel, das wir dabei verfolgen.

Bezüglich der Steuervergünstigungen, die im Gesetz enthalten sind, hat die Regierung die entsprechende Erklärung abgegeben, daß die Anträge, die bisher gestellt waren, durch das neue Gesetz nicht verfallen. Ich erinnere noch daran, daß die Regierung auch ausdrücklich erklärt hat, daß sie die Fristen nicht einhalten will, die an und für sich für das Rekursverfahren gegeben sind."

(Schluß folgt.)

Baden

Ein merkwürdiges Versäumnis

Reichstagspräsident Löbe hat es nicht für notwendig befunden, nach der Annahme des Arbeitslosenversicherungsgesetzes im Reichstag dem Sozialen Ausschuß auch nur ein Wort der Anerkennung zu sagen. Wir registrieren diese Tatsache um deswillen, weil der Herr Präsident des Reichstags schon wiederholt selbst bei weniger wichtigen und nicht so umfangreichen Gesetzen dieser Anerkennungsschuld gerecht geworden ist.

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz ist von so außerordentlich großer sozialer Bedeutung, daß schon allein deshalb ein Wort der Befriedigung und Genugtuung über das Zustandekommen dieses schwierigen Werkes durch den Hern Reichstagspräsident angezeigt gewesen wäre.

Nach Lage der Dinge kann man nur sehr schwer annehmen, daß es sich um ein Versehen handelt. Sollte etwa die Tatsache, daß das Gesetz unter der starken Führung und der entscheidenden Mitwirkung des Zentrums zustandegekommen ist, für dieses merkwürdige Ergebnis maßgebend gewesen sein? Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns ist ein Zentrumsmann; der Vorsitzende des Sozialen Ausschusses der Abgeordnete Esser ist Zentrumsmann und der Berichterstatter Abgeordneter Andre, gehört ebenfalls der Zentrumsfraktion an. Herr Abgeordneter Esser führte die Verhandlungen mit der Linken und Herr Abgeordneter Andre leitete neben der Berichterstattung die interfraktionellen Verhandlungen innerhalb der Regierungsparteien und mit der Reichsregierung. Wenn der Präsident dieses Werk und sein Zustandekommen richtig würdigen wollte, hätte er allerdings diese drei Persönlichkeiten und ihrer mühevollen Arbeiten gedenken müssen. Verdient hätten sie es sicherlich! Wir fragen uns deshalb, worin die Gründe für das merkwürdige Verhalten des Herrn Reichstagspräsidenten wohl liegen mögen!

Der „Temps" über die badische Polizei

Anläßlich der Veröffentlichung der Berliner und Pariser Mitteilung über die beendigte Inspizierung der zerstörten Teile der Ostfestungen durch die alliierten Militärsachverständigen fügt der Pariser „Temps" bei:

„Die alliierten Militärattachees in Berlin sind davon unterrichtet worden, daß die Regierung des Landes Baden einen Gesetzentwurf über die Reorganisation der badischen Polizei, entsprechend dem Vertrage von Versailles vorbereitet hat". Der „Petit Parisien" bemerkt dazu, an der Annahme dieses Gesetzentwurfes durch das Parlament sei angesichts der Mehrheitsverhältnisse in Baden nicht zu zweifeln. Da auch die Reorganisation der preußischen Polizei beschlossen sei und das Kriegsgerätegesetz vom Reichstag erledigt ist, müsse die Botschafterkonferenz in Kürze feststellen, „daß Deutschland die Totalität seiner Verpflichtungen militärischer Art aus dem Vertrage von Versailles erfüllt hat".

Reichsbahn und Mittelstand

Die Zentrumspartei des Reichstags hat folgende Interpellation eingebracht:

„Nach zuverlässigen Mitteilungen beabsichtigt die Reichsbahngesellschaft durch die „Mitropa" mittelbar die Bahnhofswirtschaften in eigene Regie zu übernehmen.

Wir fragen an, ob dem Reichsverkehrsministerium diese Tatsache bekannt ist und was es zu tun gedenkt, um diese in ihren Auswirkungen die Gesamtheit, insbesondere die Mittelstädte und die Kleinstädte schwer schädigende Maßnahme zu verhindern?"

Mit dieser Interpellation hat es folgende Bewandtnis: Aus den Kreisen der Bahnhofswirte wurde der Zentrumsfraktion mitgeteilt, daß erstmalig die „Mitropa" sich um

---

Das blaue Band des Ozeans

Roman von Adolph Wittmaack.

6)

VI.

In Cuxhaven saßen die drei Schleppdampferkapitäne Hinrich Schacht, Christian Heinsohn und August Brümmer in der dunstigen Gaststube um einen runden Tisch herum und spielten Skat. Ihre Schlepper lagen draußen unter Dampf, zur Abfahrt bereit. August Brümmer wurde von seiner hamburgischen Reederei an den Fernsprecher gerufen. Als er zu dem runden Tisch mit den dampfenden Groggläsern zurückkehrte, sagte er mit überaus gleichgültiger Miene:

„Ich soll nach Hause kommen."

„Bei diesem Wetter, wo jeden Augenblick etwas los sein kann?" fragte Kapitän Heinsohn mißtrauisch.

„Das tun die Schreiber am grünen Tisch," entgegnete Brümmer. „Aus deren Weisheit ist noch kein ehrlicher Seemann klug geworden."

Er zog seinen Oelmantel an und ging davon. Gleich darauf verließ sein Schlepper „Attilla" den Hafen und nahm, wie Hinrich Schacht und Christian Heinsohn gewissenhaft feststellten, den Kurs elbaufwärts. Die beiden Kapitäne kehrten beruhigt zu ihrem Grog zurück. Der Schleper „Attilla" löschte jedoch, als er außer Sehweite war, seine Lichter, kehrte um und dampfte, sich möglichst weit entfernt haltend, mit voller Kraft auf der Nordseite in die See hinaus. Er hatte von Hamburg Bescheid bekommen, daß dem Vernehmen nach bei Scharhörn-Riff südlich von dem Feuerschiff „Elbe I" ein englischer Dampfer aufgelaufen sei, und wollte zunächst einmal nachsehen, ob er das Bergungsgeld nicht allein verdienen konnte. Er stampfte mit seiner starken Maschine mutig gegen die hohe Dünung an und war bald mehr unter als über Wasser, ohne daß August Brümmer sich in seinem Erwerbssinn dadurch stören ließ. Als er jedoch zur Scharhörntonne kam, spähte er vergebens umher und konnte nirgends ein gescheitertes Schiff entdecken. Der englische Dampfer mußte wohl ohne fremde Hilfe wieder flott geworden sein. Das war sehr ärgerlich. August Brümmer suchte nun trotz des hereinbrechenden Gewittersturmes alle Sände ab, ob nicht doch noch irgendwo etwas zu verdienen sei. So wurde er weit draußen im Westen die schwächlich flackernde Notfackel Peter Popps gewahr und kämpfte sich zu ihm durch. Als er dort war, ließ er den Dampfer treiben und es entstand vermittels des Sprachrohrs ein lebhafter Handel um den Bergungspreis.

Es war kein leichtes Stück Arbeit mit Peter Popp zum Abschluß zu kommen. Er wollte sich nicht retten lassen. Das war ihm zu teuer. Er wollte nur geschleppt werden wie jemand, der bei schönem Wetter irgendwo einen befreundeten Schleppdampfer trifft, der doch zufällig in seiner Richtung fährt, so daß man sich für ein paar Mark ein wenig hinten anhängen kann.

„Dann bleibe hier und sieh nur zu, wie du allein ersäufst!" rief Brümmer auf das Angebot zurück.

„Ich kann noch Segel setzen!" brüllte Peter Popp.

Aber Brümmer fuhr nicht fort. In Wirklichkeit fiel es ihm gar nicht ein, das Schiff in seiner Not allein zu lassen. Als er noch einige Male versucht hatte, in kurzen Sätzen durch das Sprachrohr Peter Popp die Schrecken seines bevorstehenden Todes auszumalen und dieser ihm darauf erwidert hatte, er werde ihn in seinem Testamente nicht vergessen, ließ er etwas von dem Preise ab. Sie wurden handelseins. Der „Attilla" schleppte die schiffbrüchige „Gesina" in die Elbe hinein und den Strom hinauf nach Altona.

VII.

Mit dem Morgengrauen machte Peter Popp den Kutter am Ponton der Altonaer Fischmarktbrücke fest.

Der Handel war bereits in vollem Gange. Jollen, Ewer, und Kutter lagen an der Brücke. Fischerfrauen, Aufkäufer und Bürgersleute standen auf den Decks umher und handelten mit den Fischen um Butt und Schollen, die springlebendig aus der Bünn gezogen wurden. In der erleuchteten Halle fand die Auktion der Eisfische statt. Auch in vereinzelten Bäckerläden und Destillen brannte schon Licht. Es war windig und naßkalt. Alles glänzte feucht und blank. Die Häuser der Umgebung ragten in dem kalten Helldunkel der elektrischen Straßenlampen gespenstisch im Hintergrunde. Schattenhafte Fahrzeuge kreuzten mit grünen und roten Seitenlichtern lautlos auf dem Strome. Und dieser plätscherte leise, als wolle er den Schlaf der Stadt nicht stören, die weich und friedlich atmend, wie sein angetrautes Weib im Morgenschlummer ihm zur Seite ruhte.

Peter Popp entsandte einen Jungen, um den Arzt zu holen und verkaufte mittlerweile den geringen Fang. Als er ihn losgeworden war, ging der Markt zu Ende. Es wurde hell und auf dem Deck des Kutters fanden sich die übrigen Seefischer ein, um zu hören, was sich zugetragen hatte. Denn der Sturmschaden der „Gesina" konnte niemand mehr verborgen bleiben. Peter Popp erstattete Bericht. Er hätte Freiwache gehabt, sagte er. — Von dem Whisky war dabei nicht die Rede. — Als er wieder heraufgekommen sei, hätte Claus von Aspern bewußtlos am Steuer gelegen. Es sei ein Wunder, daß der Kutter Fahrt aufbehalten habe und nicht schon bei dieser Gelegenheit alle Segel zerfetzt und zerschlagen davongeflogen wären. Man gab ihm recht. Aber man sagte, dies käme vor. Jan Eddelbüttel wußte einen ähnlichen Fall und auch Hinnik Puvogel und Lüder Harms führten Beispiele an. Sie besprachen dann miteinander die Notwendigkeit einer gut ausgeglichenen Besegelung, für die man ein Gefühl haben müsse. Claus von Aspern genoß bei ihnen allen die größte Hochachtung. Aber ein Kommodore von einem Riesendampfer war eben doch kein Hochseefischer. Man konnte sich des Gedankens nicht erwehren, daß dieser Fall einem richtigen Finkenwärder Fahrensmann nicht hätte zustoßen können.

Darauf stolperten mehrere von ihnen die Treppe hinab und sahen den Verletzten andachtsvoll und bedauernd in der Koje liegen. Das schwache einfallende Licht des erwachenden Tages kämpfte mit der gelbflackernden Leuchtkraft der berußten Petroleumlampe, und Claus von Aspern starrte in dem Halbdunkel seiner Lagerstatt wie eine Wachspuppe teilnahmlos vor sich hin. Er war sehr blaß und schien weder Menschen noch Dinge wahrzunehmen.

Nach einer Zeit kam der Arzt und stellte eine Gehirnerschütterung fest. Er sorgte für die sofortige Aufnahme in das Hafenkrankenhaus.

Und Peter Popp trat den schweren Weg an, der Tochter seines Schiffers die Unglücksbotschaft von dem Verschwinden ihres Bruders und der ernstlichen Erkrankung ihres Vaters zu überbringen.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Bahnhofswirtschaften bewirbt u. zwar zuerst in Altena, die demnächst frei wird. Das hat in den Kreisen des Mittelstandes, insbesondere der Bahnhofswirte, eine starke Beunruhigung erzeugt. Man vermutet, daß hinter diesem ersten Vorstoß ein bestimmter Plan steckt, und zwar dergestalt, daß die „Mitropa" nach und nach allen größeren Bahnhofsrestaurants ermietet, um eine größere Basis für ihre Speisewagenversorgung zu haben, oder wie kurz in dürren Worten: alle namhaften größeren Bahnhofsrestaurants kommen in die Hände der Mitropa.

Die Aktien der „Mitropa" befinden sich bekanntlich restlos in den Händen der Reichsbahngesellschaft. Es handelt sich also hier um ein Monopol größten Stils, dessen Auswirkung für den Mittelstand noch garnicht abzusehen ist. Denn es handelt sich selbstverständlich nicht allein um die Konzession für die Bahnhofswirtschaften, sondern um das ungeheure Lieferungsgeschäft für Bäcker, Metzger, Konditoren, Bier-, Wein-, Likörlieferanten usw. Da sich die jetzigen Bahnhofswirte selbst zum Mittelstand rechnen, tragen sie ganz naturgemäß einer gewissen Mittelstandspolitik bei Belieferung ihrer Restaurants Rechnung. Erhält die „Mitropa" die Monopolstellung in den Bahnhofsrestaurants, so wird nicht bloß das Reisepublikum wehrlos gemacht, sondern in weitgehendstem Umfang selbständige Mittelstandsexistenzen geschädigt. Die Reichsbahn, die gewiß keinen Ueberfluß an Popularität hat, sollte von diesen Geschäften die Finger lassen.

Leider kann die Interpellation jetzt nicht mehr behandelt werden im Reichstag, aber bis zum Herbst wird sich hoffentlich der Reichsverkehrsminister und der Generaldirektor der Reichsbahn überlegt haben, was zu tun in diesem Falle ihre Pflicht ist.

Wir bitten um Antwort!

Reichskanzler a. D. Dr. Wirth veröffentlicht in einer Korrespondenz einen „Politische Freibeuterei" überschriebenen Artikel, in dem darauf hingewiesen wird, daß in der in Porto Alegre erscheinenden „Neuen Deutschen Zeitung" schwere Beschimpfungen des Zentrums zu finden seien. In diesem Artikel sei ausgeführt, daß die Zentrumspartei „schmutzige Hände" bekommen habe. Wie Dr. Wirth mitteilt, ist der Verfasser dieser „Münchener Briefe" der Pressechef der bayerischen Staatsregierung, Dr. Eisele. Dr. Wirth schließt seinen Artikel: „Ich habe nunmehr zu prüfen, ob ich Herrn Dr. Eisele vor Gericht stellen soll, oder ob es nicht besser ist, durch eine kurze Darstellung des Sachverhaltes der breitesten Oeffentlichkeit das Urteil über das Vorgehen eines katholischen Beamten und Publizisten zu überlassen.

Kommunistische Kirchenhetze

In Nr. 156 vom 8. Juli ds. Js. bringt die Mannheimer „Arbeiterzeitung" einen Artikel unter dem Stichwort „Seelsorger an der Arbeit" aus Unterlauchringen, welcher in boshafter Weise gegen die Erhebung und Verwendung der Kirchensteuer Stimmung zu machen sucht. Der Kirche wird vorgeworfen, ohne Rücksicht auf die Not und das Elend des Volkes „örtliche und staatliche Kirchensteuern" zu erheben, um kirchliche Feste zu feiern, wo das Geld keine Rolle mehr spielt, wenn es gelte, „den Schleier der Volksverdummung über die Menschheit zu halten". Dieser Schleier scheint freilich nicht in der Lage gewesen zu sein, die „Dummheit des Artikelschreibers zu verbergen, der sich nicht entblödet, gegen die Jahrhundertfeier und die Aufwendungen dafür anzukämpfen, weil die Ausgaben „auf Kosten der Steuerzahler" gemacht wurden. In einfältiger Weise wird die Verwendung des Flugzeuges anläßlich der Jahrhundertfeier mit Rücksicht auf die Kosten dieses Verkehrsmittels bemängelt.

Wenn diese Anwürfe wegen der gemeinen Gesinnung, aus der sie hervorgehen, auch nur verdienen, der allgemeinen Verachtung preisgegeben zu werden, so halten wir es doch für geboten, ein für alle Mal zu erklären, daß die Kirchensteuer für die Aufwendungen der Jahrhundertfeier überhaupt nicht in Anspruch genommen wurde, da alle Kosten durch private Mittel gedeckt wurden.

Amtliches

Erste Prüfung für das Höhere Lehramt an Handelsschulen, Herbst 1927.

Die nach Maßgabe der Verordnung des Staatsministeriums vom 17. Mai 1922 über die Ausbildung und Prüfung für das Höhere Lehramt an Handelsschulen (Gesetz- und Verordnungsblatt 1922 Nr. 39) abzuhaltende Prüfung wird **am 26. September 1927, vormittags 8 Uhr,** in Karlsruhe beginnen. Gesuche um Zulassung zu dieser Prüfung sind gemäß § 12 bezw. § 27 a. a. O. unter Beifügung der daselbst verlangten Nachweise bis spätestens 16. August 1927 beim diesseitigen Ministerium einzureichen.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

•

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Versetzt:

Verwaltungsinspektor Oskar Gilbert beim Oberversicherungsamt Karlsruhe zum Bezirksamt Pforzheim.

Von Verdun zur Lorettohöhe

Auf Friedhöfen und Schlachtfeldern

II.

So standen wir in stummer, weher Trauer, als uns der Gardier des Friedhofes darauf aufmerksam machte, daß noch mehr Deutsche eben eingetroffen wären, um ein Grab zu besuchen. Unsere Ueberraschung war groß, in den Angekommenen ein altes Ehepaar aus Durlach anzutreffen, dessen einziger Sohn hier begraben liegt. Noch mehr überrascht und erfreut aber waren die Leutchen selbst, denen wir nun Dolmetscher sein konnten und denen wir auch das Grab photographierten. Mit herzlichen Dankesworten entließen uns die wackeren Landsleute, und wir schieden von dieser Heldenstätte nach Erledigung unserer Aufgabe. Der Gesamteindruck dieses Friedhofes ist gleich dem der meisten Friedhöfe, die wir besuchten; sauber aber dürftig und armselig. Besonders ist es der Mangel an frischem Grün und Blumen, der das Gesamtbild drückend arm und düster macht.

Weiter trug uns nun das Auto nach dem Friedhof Azannes. Hier liegen nach unserer, allerdings nur flüchtigen Feststellung, keine Angehörigen badischer Truppenteile. Auch hier dasselbe Bild wie beim Friedhof Mangienne, nur die Lage ist weit schöner. Am Hang der steilen Côtes ruhen hier die Toten, den Blick nach Osten gewendet, der Sonne, der Heimat entgegen.

Am würdigsten fanden wir den Friedhof in Romagne sous le Côtes, während in Mangienne etwa 400 Tote beerdigt sind, fanden hier auf dem Cimetière de militaire Romagne sous le Côtes 2200 deutsche Kameraden ihre letzte Ruhestätte. Eine lebende Hecke umschließt grünend den Friedhof, der gut gepflegt ist. Gerade ist der Gardier dabei, ihn gärtnerisch zu verschönern und Gras zu säen. Auch zeugen verschiedene Grabstätten vom Besuch aus der Heimat. Treue liebende Hände haben schon vieles getan, um einzelne Gräber zu zieren. Besonders eindrucksvoll und rührend fanden wir auf einem gut gepflegten Grab die Inschrift: „Hier ruht in Gott Gefreiter Martin Gruber aus Karlsruhe." Gerade als wir in stummer Andacht auf dem Friedhof zum Abschied weilten, jubelte hoch in der blauen Frühlingsluft eine Lerche.

Weiter gehts über Azannes; das völlig zerstörte und nur teilweise wieder aufgebaute, Gremilly liegt ebenfalls total zerschossen am Wege. Ein trauriges und unsagbares Bild bietet uns Ornes am Fuße der Vaux-Kreuz-Höhe, die in heldenhafter Tapferkeit von unseren badischen Truppen erstürmt und gehalten wurde. Zerrissen und abgestorben recken sich aus den bewaldeten Höhen hinter Ornes zahllose dürre Bäume wie warnende Finger, grotesk verzerrt und verbogen gen Himmel. So ragen diese stummen Zeugen des Krieges aus dem frischen nachdrängenden Grün, das bis Manneshöhe heute wieder die Höhen von Verdun überkleidet. Mitleidig hat die Natur einen grünenden Mantel über all die Schrecken einer furiosen Zeit gebreitet. An der Straße Chaumont—Verdun, ungefähr da, wo die Stellung diese Straße schnitt, steht ein Denkmal, das die Franzosen dem Verteidiger des Forts Douaumont „et ses Chasseurs" errichtet haben. Auf der Höhe über den Steinbrüchen von Hadaumont steht weithin sichtbar und beherrschend das Ossuaire von Fort Douaumont. Hier ruhen in einer Grabkapelle die Gebeine der unbekannten französischen Soldaten, die im Festungsgebiet von Verdun gefallen sind. Ueber der Kapelle, dem Beinhaus, schaut ein mächtiger Turm weit in die Lande.

Um die Zeit bis zum Abgang des Zuges nach St. Menehould auszufüllen, entschlossen wir uns in letzter Stunde noch zu einer Rundfahrt im Auto über die Forts von Verdun.

Wohl sieht man auch sonst an der Front Trichter an Trichter. Hier aber auf der Höhe des Forts Douaumont war wohl der Brennpunkt der Kämpfe um Verdun. Granattrichter, die bequem ein kleines Haus fassen könnten, zerreißen noch heute das Gelände. Auf ihrem Grund steht graues, stinkendes Wasser, quaken Frösche das Grablied der Toten von Douaumont.

Neben dem furiosen Artilleriebeschuß der diese Stelle um Verdun zerrissen hat, scheinen Explosionen großen Ausmaßes stattgefunden zu haben. Jedenfalls liegen alle Kunstbauten der Forts von Verdun heute derart in Trümmer, daß man annehmen kann, daß Verdun von seinen Verteidigern als Festung alten Stils aufgegeben ist. Seine beherrschende Lage, seine Höhen, seine leicht zu verteidigenden Kämme werden es aber immer wieder als natürliche Festung gelten lassen müssen.

Zwischen Fort Douaumont und den Steinbrüchen von Hadaumont lenkt ein im rechten Winkel verlaufender Säulengang die Aufmerksamkeit der Besucher auf sich. Hier liegt überdacht von Steinbögen ein Zug französischer Jäger beerdigt. Mit aufgepflanztem Seitengewehr zum Sturm auf die deutschen Linien angetreten, fanden sie durch Verschüttung infolge Explosion den Tod. Die Bajonette der Grabenmannschaft starren noch heute aus dem Boden. Die Amerikaner haben diese eigentümliche Denkmalsanlage geschaffen zu Ehren ihrer französischen Waffenbrüder, wie eine Inschrift am Zugangstor besagt. Der „tranchée des bajonettes", wie dieser schaurige Ort heißt, ist heute eine der besuchtesten Stellen des Kampfgeländes um Verdun.

Die gewaltigen Eindrücke an diesen Orten des Grauens ließen uns keine Zeit, daran zu denken, daß es höchste Zeit war, aufzubrechen, wenn wir nicht abermals den Zug verfehlen wollten. So war es denn auch schon zu spät, als wir in jagender Fahrt die Serpentinen der Straße nach Verdun über Bräs hinunter fuhren. Gerade zur rechten Zeit, um den abfahrenden Zug noch pfeifen zu hören, trafen wir ein. Dieses mal fehlte nur noch eine halbe Minute, immerhin ein Fortschritt gegenüber Diedenhofen am Tage zuvor, wo wir um 5 Minuten zu spät kamen! So blieb uns denn nichts anderes übrig, als in Verdun zu übernachten, denn es war der letzte Zug gewesen, der da mit Nasenlänge Vorsprung höhnisch fauchend die Bahnhofshalle verlassen hatte. Im Hotel Vauban, in der Nähe des Bahnhofes, fanden wir Unterkunft und faßten den festen Vorsatz, den allerersten Zug am nächsten Morgen, noch vor 5 Uhr früh, zu nehmen. Verdun war vordem die typische Festungsstadt mit Kasematten, Laufgräben und Mauern. Der moderne Krieg und seine Lehren ließ auch Verdun sein durch Festungsmauern bedingtes enges Kleid sprengen. Die Stadt dehnt sich nun überall über ihre alten Grenzen aus, und breite moderne Boulevards treten an Stelle der engen Straßen der alten Festung.

Es verdient wohl registriert zu werden, daß wir am nächsten Morgen eine Viertelstunde vor Abgang unseres Zuges nach St. Menehould am Bahnhofe eintrafen, genug Zeit, um die Genugtuung, endlich einmal einen Zug pünktlich erreicht zu haben, bis zur Neige auszukosten.

St. Menehould, das freundliche Argonnenstädtchen, der Ausgangspunkt unserer Champagnereise, erreichten wir bereits um 6 Uhr früh, als noch alles in tiefem Schlummer lag. Hier trennten wir uns von unseren Reisegefährten, zwei jungen saarländischen Lehrern, die wir auf dem Bahnhof Verdun an Rucksack und Wadenstrümpfen als Landsleute erkannt hatten, und die sich uns für die Bahnfahrt nach St. Menehould anschlossen. Wir verabredeten, daß wir uns in Reims wieder treffen wollten und waren froh, die beiden Landsleute als Quartiermacher vorausschicken zu können.

Um nach der Champagne nach Ripont zu kommen, blieb uns nur das Auto als Verkehrsmittel. Ein solches verschaffte uns der deutschsprechende Wirt, aber nicht ohne uns dabei über die Löffel zu barbieren. In rascher Fahrt ging es altem Kampfgelände entgegen. Bald lag sonnenbeschienen der „Kanonenberg" vor uns und ließ vergessen, daß er einst ein Brennpunkt der Champagnefront war. Wie ein weißes Band zeigt sich noch heute die einstige Front. In der eigentlichen Champagne aber, einem schon in Friedenszeiten wenig bebauten Boden, hat man die Front in dem Zustande gelassen, wie sie im Jahre 1918 von uns verlassen wurde.

Ripont en Dormoise ist heute nicht wieder aufgebaut, wozu auch? Das menschenarme Frankreich hat wirklich keine Ursache, Geld, Zeit und Arbeitskraft an dieses Chaos, dieser vollendeten Zerstörung zu verschwenden. Eine Tafel nur zeigt an, daß an dieser Stelle bis zum Jahre 1914 das Dorf Ripont stand. O, daß doch die Heimat sähe, wieviel sie unserer Armee, unseren Soldaten zu verdanken hat, daß sie es richtig zu schätzen verstände, was es heißt, aus diesem Krieg die Heimat unversehrt erhalten zu haben.

Das Tal der Dormoise ist wild überwuchert von Sumpfpflanzen, Dornen und Sträuchern. Noch ist die Pionierbrücke teilweise erhalten, noch sieht man Reste von Lattenrösten die den bodenlosen Schlamm einst überbrückten, noch liegen reiche Mengen Pioniermaterial als da ist: Stacheldraht, Wellblech, Eisenschienen und Holzbalken umher. Aber das Bild wäre nicht vollständig, wenn nicht etwas noch dagewesen wäre! Das ist der Schlamm, der bodenlose, zäh-weiße Champagneschlamm! Er durfte nicht fehlen und deshalb fing es, gerade als wir in Ripont angekommen waren, zu regnen an. Wie eine verlassene Ritterburg steht noch heute der Regiments-Unterstand am Steilhang von Ripont. Ihm konnte die stärkste Beschießung nichts anhaben, denn gar zu günstig war seine Lage und nur mit Steilfeuer wäre er zu zerstören gewesen, das aber hatten die Franzosen anfangs des Krieges noch wenig.

(Fortsetzung folgt.)

Chronik

Mannheim, 13. Juli. (Tödlich verunglückt. — Mordversuch. — Blitzschlag.) Junge Burschen fuhren am Dienstag nachmittag mit ihren Fahrrädern im Stadtbezirk O 7 auf der Straße hin und her. Einer von ihnen kam beim Ausweichen vor einem Fuhrwerk zu Fall, geriet unter den Anhängewagen des Fuhrwerks und wurde überfahren. Die Verletzungen waren so schwerer Art, daß der Tod auf dem Transport zum Krankenhaus eintrat. — Auf der Brückenstraße wurde die ledige 25jährige, aus Pforzheim stammende Kellnerin Erna Marleck von einem Lastwagen überfahren und lebensgefährlich verletzt. — Auf dem Weinheimer Nebenbahnhof gab ein junger Mann auf ein junges Mädchen aus Viernheim, das eben in einen Zug einsteigen wollte, einen Revolverschuß ab: das Mädchen wurde schwer, jedoch nicht lebensgefährlich verletzt. Der Täter, der anscheinend wegen eines abgebrochenen Liebesverhältnisses mit dem Mädchen in Streit geraten war, flüchtete, konnte aber schließlich doch festgenommen werden. — Hier wurde eine 46 Jahre alte Ehefrau aus Sandhofen bei der Verrichtung von Feldarbeiten vom Blitze getroffen und getötet.

Durbach, 13. Juli. (Das Unwetter in Durbach.) Das Unwetter in Durbach hat besonders an den Rebfeldern erheblichen Schaden verursacht, der sich in seinem ganzen Umfang noch nicht übersehen läßt. Von den Abhängen der Berge wurden durch die Wassermengen große Schlammschichten herabgetrieben. Im oberen Tal bei dem Landwirt und Rebbauern Anton Dammer richtete das Wetter besonders große Verwüstungen an. Das Wasser war auch in die Keller eingedrungen und stand dort bis zu Faßhöhe. Die in den Kellern angeschwemmten Sandmengen werden auf ca. 180 Karren geschätzt. Die nußgroßen Schloßen lagen in der ganzen Gegend noch zwei Stunden nach dem Unwetter in ca. 20 Zentimeter Höhe auf den Wiesen und Feldern.

Emmendingen, 13. Juli. (Unwetter). Ein anhaltendes schweres Gewitter in den ersten Nachmittagsstunden des Dienstags war von wolkenbruchartigem Regen begleitet und setzte die Stadt förmlich unter Wasser. Der ganze Marktplatz glich einem See, und in verschiedenen Straßen strömte das von den Anhöhen herabschießende Wasser starken Bächen gleich dahin, viel Schmutz mit sich führend. Der Rettungszug der Freiwilligen Feuerwehr wurde alarmiert, um im Stadtteil Niederemmendingen mit der Motorspritze verschiedene Keller auszupumpen; ebenso trat der neu beschaffte automobile Sprengwagen zu diesem Zweck in Tätigkeit. An vielen Stellen wurde durch das Wasser großer Schaden angerichtet.

Hausen (A. Schopfheim), 13. Juli. (Ein Rasender.) Unter dem Einfluß von Alkohol geriet, wie das „Markgräfler Tageblatt" berichtet, ein Gelegenheitsarbeiter in Raserei und stieg, nachdem er Möbelstücke in seiner Wohnung kurz und klein geschlagen hatte, mit einer Axt bewaffnet, über den Zaun des Gartens des Direktors der Mechanischen Buntweberei Brennet. Da der Direktor inzwischen den Garten verlassen hatte, sprang der Rasende in die Wohnung des Direktors. Der Frau desselben gelang es, dem Rasenden die Tür vor der Nase zuzuschlagen. Dieser konnte, nachdem er seine Wut an der Türverkleidung ausgelassen hatte, überwältigt werden.

Radolfzell, 13. Juli. (Radolfzell als Fremdenstadt). Das populärste Kirchen- und Volksfest am Bodensee ist das Hausherrenfest, das sich dem Fridolinsfest in Säckingen würdig an die Seite stellen kann. In den Tagen vom 16. bis 18. Juli wird in diesem Jahre die Stadt Radolfzell dieses Fest begehen; ein schmuckes Festkleid hat die Stadt aus diesem Anlaß angelegt. Am 18. Juli findet eine Prozession der Bewohner des Fischerdorfes Moos nach dem Münster statt. Einem alten Herkommen gemäß schließt sich eine Hauptprobe der Feuerwehr an.

Salem, 12. Juli. (Geburtstagsfeier des Prinzen Max.) Anläßlich des 60. Geburtstages des Prinzen Max von Baden zogen am Vorabend die Vereine im Fackelzug vor das Schloß zu einer Serenade. Am Sonntag veranstaltete Salem einen Festtag. Bürgermeister Sorg überbrachte dem Prinzen die Glückwünsche der Gemeinden. Nach dem Festgottesdienst im Münster und im evangelischen Betsaal versammelten sich im Schloß die Bürgermeister des Bezirks, der Gemeinderat von Salem sowie die Beamten des herrschaftlichen Bezirks, um die Glückwünsche auszusprechen. Ein Waldfest beschloß die Feier.

Freudenstadt, 13. Juli. (Unwetter.) Die schweren Gewitter der letzten Woche haben in der Gegend zwischen Besenfeld und Erzgrube große Verheerungen angerichtet und Spuren der Verwüstung hinterlassen. Der Sturm hat in den Waldungen des oberen Nagoldtales unterhalb Schorrental übel gehaust und ganze Waldstrecken verwüstet, wodurch den privaten Waldbesitzern unermeßlicher Schaden entstanden ist. Ein schwerer Sturmwirbel ging durch das Taubertal, der sich auch in die Seitentäler am Rendelteich und Kirchbühl hereindrückte und die Stangenhölzer niederlegte, als wäre die Dampfwalze darübergegangen, unter dem Altholz die stärksten Stämme abrasierte, wie Zündhölzer zerbrach oder mit den Wurzelballen kreuz und quer zur Erde niederlegte. Die Stätte schlimmster Verwüstung ist am sogen. Rendelteich. Der angerichtete Schaden ist ganz bedeutend.

Sindelfingen (A. Böblingen), 13. Juli. (Zwei Arbeiter vom Blitz getötet.) Hier schlug der Blitz in einen Neubau. Zwei dort beschäftigte Arbeiter wurden getötet, ein dritter erlitt leichtere Verletzungen.

Stuttgart, 13. Juli. (Gewitterschäden). Bei dem am Dienstag über Stuttgart niedergegangenen Gewitter sammelten sich in den Straßen teilweise so große, Wassermengen, daß die Autos bis zu den Scheinwerfer im Wasser standen. Auf der neuen Weinsteige entgleiste ein Straßenbahnzug und der Verkehr konnte erst in später Nachtstunde wieder aufgenommen werden. Viele Straßen wurden schwer beschädigt.

Ankenreute, O.-A. Waldsee, 13. Juli. (Kein Jägerlatein.) Ein originelles Stückchen, das beinahe an Jägerlatein grenzt, passierte letzte Woche einem stellvertr. Förster des Forstamts Weingarten. Dieser war in Begleitung eines Holzhauers mit Aufnahme von Reisschlägen beschäftigt. Förster und Holzhauer benützten ihre Fahrräder, um recht rasch von Schlag zu Schlag zu kommen. Die Fahrt fand aber rasche Unterbrechung. Aus einem Graben sprang eine erschreckte Rehgeiß auf und direkt auf den Förster zu und warf ihn vom Rade. Der Holzhauer, der nur ca. drei Meter hinter dem Förster fuhr, konnte das unerwartete Hindernis nicht nehmen, sondern stürzte in seiner ganzen Länge auf den Förster. Das Reh aber sprang davon.

Erfurt, 13. Juli. (Ein Lastkraftwagen vom Zuge überfahren, zwei Tote). Hier wurde auf dem unbewachten unübersichtlichen Bahnübergang der zweigleisigen Nebenstrecke Gerstungen-Heringen (Werra) trotz rechtzeitiger Warnungssignale ein Lastkraftwagen von einem Durchgangsgüterzug überfahren. Der Kraftwagenführer und sein Begleiter wurden getötet.

Dresden, 13. Juli. (Ein Polizeibeamter erschossen). In der vergangenen Nacht wurde in Pulsnitz ein Kriminalbeamter von einem Einbrecher erschossen, der aus dem beachbarten Ort Lichtenberg nach einem Einbruch mit seinem Komplizen gekommen war. Die Mörder sind entkommen.

Gewerkschaftliches

Streik in den Mannheimer Mühlenwerken.

Mannheim, 13. Juli. Gestern Mittag sind die Gewerkschaften von vier Mannheimer Mühlenwerken in den Streik getreten, nachdem durch eine Urabstimmung am vergangenen Sonntag der vom Schiedsgericht gefällte Schiedsspruch mit großer Mehrheit abgelehnt worden war. Dem Streik hat sich heute vormittag auch die Belegschaft der Ludwigshafener Walzmühle angeschlossen.

Landwirtschaftliches

Gründung eines bäuerlichen Versuchsringes.

Meßkirch, 13. Juli. In einer von 132 Landwirten des Bezirks besuchten Versammlung fand hier am Sonntag die Gründung des bäuerlichen Versuchsringes Meßkirch-Heuberg statt. Als Vorsitzender des Versuchsringes wurde Gemeinderat Karl Fröhlich gewählt. Im Anschluß an diese Gründungsversammlung tagte eine zweite Versammlung von Landwirten des Bezirks, in der eine Resolution angenommen wurde, die sich gegen die Verlegung der landwirtschaftlichen Winterschule aussprach. Man trat energisch für die Beibehaltung der Schule in Meßkirch ein, da eine Verlegung der Schule eine schwere Schädigung der Landwirtschaft des ganzen Bezirkes bedeuten würde.

Verfassungsfeier und Landtag

Nationalfeiertag – Nationaltrauertag / Der 11. August bleibt Verfassungsfeiertag

Karlsruhe, 13. Juli 1927.

Stimmungsbild

Die Bürgerliche Vereinigung hatte unter dem 20. November 1926 im Badischen Landtag den Antrag eingebracht, den 11. August als Verfassungsfeiertag in Baden aufzuheben. In einem Antrag vom 12. Juni dieses Jahres hat sie ihren ersten Antrag dahin abgeändert, daß kein Badener gehindert werden soll, am 11. August seinen Beruf oder Gewerbe nachzugehen. Zwischen den beiden Anträgen ist der Unterschied nicht besonders groß, denn, wenn jede Arbeit an diesem Tage erlaubt sein soll, dann ist der 11. August eben kein Feiertag mehr.

Die Anträge haben zu einer ausgedehnten Debatte in der heutigen Vollsitzung des Landtags geführt. Von sozialdemokratischer Seite wurde der Antrag der Bürgerlichen Vereinigung als Vorstoß gegen die Verfassung bezeichnet. Man kann, auch wenn man weiß, daß Herr von Keudell und seine deutschnationalen Ministerkollegen den Eid auf die Verfassung der Republik geleistet haben, dem nicht gut widersprechen. Denn was sollte die Attacke und der ganze Redeschwall sonst, nachdem die Regierung auch den weitgehendsten Wünschen entgegenkam? Das Ministerium des Innern wird, schon mit Rücksicht auf die Witterungsverhältnisse dieses Jahres, die Bezirksämter anweisen, der Ausführung landwirtschaftlicher Arbeiten keine Schwierigkeiten zu bereiten, ja sogar dringende gewerbliche Arbeiten sollen erlaubt sein. Darnach kann man den Antrag der Bürgerlichen Vereinigung wirklich nicht mehr anders als ostentativen und planmäßigen Vorstoß gegen das Verfassungswerk von Weimar bezeichnen. Zum Mindesten wollte man aber seinem Mißfallen über diese Verfassung im Badischen Landtag Ausdruck geben, nachdem man dies im Reichstag nicht mehr so ungeniert tun kann. Einen sachlichen Grund für ihren Antrag hatte die Bürgerliche Vereinigung nicht. Indeß: Wenn man auch weiß, daß trotz der deutschnationalen Eidschwüre auf die Verfassung die Vorliebe der Deutschnationalen für dieselbe nicht groß ist, so war die Tatsache doch direkt beschämend, daß sich die Deutsche Volkspartei auf der ganzen Linie den Deutschnationalen anschloß. Diese Tatsache wird man sich merken müssen. Sie zeigt die ganze notorische Unzuverlässigkeit dieser Partei auch in der Frage der Verfassung in besonders grellem Lichte. Man erinnerte sich unwillkürlich, wie die Deutsche Volkspartei bei den Etatberatungen ziemlich genau vor einem Jahre sich so ostentativ zur Verfassung bekannte. Damals lockten freilich noch Ministersessel, heute scheinen die Dinge anders zu liegen . . .

Es ist so: Die Frage des Verfassungsfeiertages vom 11. August hat nicht nur eine wirtschaftliche Seite — diese war heute nur in großer Aufmachung vorgetäuscht — sie hat auch einen eminent politischen Hintergrund. Am 11. August 1919 erhielt das Verfassungswerk von Weimar Gesetzeskraft, die Periode der Revolution war abgeschlossen, das Werk der Rettung des deutschen Volkes vor dem Sturz in den Agrund, der so bedenklich nahe war, war vollbracht, vollbracht von den Parteien des Zentrums, der Demokratie und der Sozialdemokratie. Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen waren daran nicht beteiligt. Sie überließen die Rettung des Staates anderen und kamen aus ihrem Schlupfwinkel erst dann hervor, als das Werk der Rettung getan war. Daß diese Herrschaften sich heute nicht mehr gerne an diese Dinge erinnern, ist begreiflich, aber man wird sie immer wieder daran erinnern müssen, auch wenn dies durch die Feier des 11. August als Verfassungsfeiertag geschehen sollte. Es ist bedauerlich, daß der Reichstag versagte, daß eine reichsgesetzliche Regelung der Frage nicht zustande kam. Auf die Dauer ist, wie dies ja auch der Minister des Innern zugab, eine Sonderregelung durch die Länder unhaltbar. Aber man hatte wirklich keinen Grund, für dieses Jahr von der Feier des 11. August als Verfassungstag in Baden abzusehen und abzugehen, mit dem Risiko, dieselbe im nächsten Jahre wieder einführen zu müssen.

Man muß diese Frage sehen, wie sie wirklich liegt: Bei der Feier des 11. August als Verfassungstag handelt es sich in Wirklichkeit um die Frage: Für oder gegen die Verfassung von Weimar. Die Redner des Zentrums, die Abgeordneten Eggler und Dr. Schofer, haben sich heute mit erfreulicher, nicht mißzuverstehender Deutlichkeit zum Werk von Weimar und zur Verfassung der Republik bekannt. Das Zentrum wird seine Haltung in der Frage der Feier des 11. August auch gegenüber der Demagogie der Herren Hertle und Klaiber verteidigen können.

Abg. Dr. Schofer hat in seiner markanten Rede darauf hingewiesen, daß zur Feier eines Nationalfeiertags auch der Gottesdienst gehört. An Gottes Segen ist alles gelegen — das gilt auch für das Leben des Staates. Abg. Dr. Schofer hat dem Wunsche Ausdruck gegeben, den Verfassungstag auch durch eine gottesdienstliche Feier zu begehen. Die Staatsregierung kann dieselbe nicht anordnen. Dies ist und bleibt die Aufgabe der Kirchenbehörden. Haben wir den Nationalfeiertag für das ganze Reich einheitlich, dann werden sich hoffentlich die deutschen Staatsbürger und Staatsbürgerinnen an den Gottesdiensten ebenso fleißig beteiligen wie einst an den Kirchgängen an Kaisers, Königs und Großherzogs Geburtstag.

Auch die Frage des Nationaltrauertags wurde in diesem Zusammenhang von dem Zentrumsabg. Duffner angeschnitten. Die badische Staatsregierung wird sich im Reichsrat dafür einsetzen, daß auch diese Frage reichsgesetzlich, also einheitlich für das ganze Reich geregelt wird. Das ist in der Tat ebenso angebracht, wie die einheitliche Regelung der Feier des Verfassungstages. Daß die reichsgesetzliche Regelung beider Fragen in Bälde erfolgt, ist dringend nötig, damit derartigen Agitationsdebatten in den Parlamenten ein für alle mal ein Riegel vorgeschoben wird.

Die Nachmittagssitzung füllte im Wesentlichen die Debatte über die Neuregelung der Badischen Beamtenbesoldung. Daß die Gelegenheit reichlich benützt wurde, sich bei den Beamten in empfehlende Erinnerung zu bringen, ist selbstverständlich. — Eine peinliche Situation ergab sich noch, als man bei der Abstimmung anlangte. Auf dem Präsidentenstuhle saß der 2. Vizepräsident, Abg. v. Au. Der Abstimmungsmodus ist keine so einfache Sache, namentlich wenn so einem Gesetz noch eine Reihe von Anträgen, Abänderungsanträgen und Gegenanträge vorliegt. Der Herr Vizepräsident geriet denn auch alsbald in eine peinliche Verlegenheit und fühlte sich sicherlich erleichtert, als Präsident Dr. Baumgartner die Leitung der Abstimmung übernahm.

Vormittagssitzung

Präsident Dr. Baumgartner eröffnet die Sitzung kurz nach 9 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Anfrage der Bürgerlichen Vereinigung über die **Feier des Verfassungstages**. Den Bericht des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung erstattet Abg. Dr. Engler. Abg. Dr. Mayer (B. V.) begründet den Antrag der Bürgerlichen Vereinigung. Es besteht der allgemeine Wunsch nach einem gemeinsamen Feiertag. Wenn der 18. Januar keine Grundlage für einen Nationalfeiertag abgebe, dann gebe der 11. August auch keine, da die Meinungen über die Verfassung sehr auseinander gehen.

Abg. Oblicher (D. Volkspartei) führt aus: Da eine reichsgesetzliche Regelung der Frage nicht eingetreten sei, sei die Haltung der Volkspartei heute eine andere, als im Ausschuß. Ein Nationalfeiertag müsse sein. Bis jetzt gäbe es noch keinen Tag, wo sich das ganze Volk zu einer gemeinsamen nationalen Erhebung zusammenfinden könne. Auch der 11. August sei dieser Tag nicht. Das Jahr 1923 sei zu früh gewesen, um einen Verfassungstag einzusetzen. Die Volkspartei werde dem Antrag der Bürgerlichen Vereinigung zustimmen.

Abg. Dr. Glockner (Dem.) hält eine reichsgesetzliche Regelung der Frage für dringend notwendig. Der 11. August sei der richtige Tag für eine Verfassungsfeier. Derselbe sei gewissermaßen der Tag der Wiedergeburt des deutschen Volkes. In Baden habe sich der 11. August als Verfassungstag bewährt und die Demokraten würden dem Antrag des Ausschusses zustimmen.

Abg. Eggler (Zentr.)

Das Zentrum steht auf dem Boden der badischen Verfassung und hat keine Veranlassung, eine Aenderung derselben zu wünschen, wenn man auch den wirtschaftlichen Gründen, die die Bürgerliche Vereinigung vorgebracht habe, eine gewisse Berechtigung nicht absprechen kann. Für uns ist die Verfassung ein Lebensgrundgesetz, das sich das deutsche Volk in seiner schwersten Zeit geschaffen hat, um die Katastrophe von sich abzuwenden. Redner erinnert an das Jahr 1919, wo gewisse badische Rechtskreise in Angst und Bangen auf die Unterzeichnung des Friedensvertrages gewartet haben. Das habe man dort alles vergessen. Für uns bedeutet die Verfassung auch das Bekenntnis zur Republik. Wenn wir unsere Verfassung nicht ehren, dann könnten wir auch vom Ausland keine Achtung verlangen. Das Zentrum ist stolz darauf, daß es an dem Verfassungswerk von Weimar mitgearbeitet hat. Es sei fruchtlos, Vergangenem nachzutrauern. Wir müßten vorwärts schauen. Der Gedanke, daß wir einen Volksstaat bilden, müsse im Volke Wurzel fassen. Daher sei für die Uebergangszeit ein gewisses Entgegenkommen angebracht. Redner dankt dem Minister, daß der Landwirtschaft gegeben werden soll, was sie brauche, daß ihr entgegengekommen und landwirtschaftliche Arbeiten ermöglicht werden sollen. Der Gedanke des Verfassungstages muß ins Volk hineingetragen werden. — Er wendet sich gegen die Denunziationen, die in den letzten Jahren vorkomen, bedauert, daß keine reichsgesetzliche Regelung zustande kam und hofft, daß sie im nächsten Jahre sicher komme. Gerade darum sei in Baden eine Aenderung nicht angebracht. Redner hofft, daß im Reiche der 11. August als Verfassungstag sich durchsetze.

Abg. Reinbold (Soz.) bezeichnet den Antrag der Bürgerlichen Vereinigung als einen Vorstoß gegen die Verfassung. Mit den Deutschnationalen und Liberalen sei über diese Frage eine Einigung nicht möglich, da sie nicht auf dem Boden der Republik stehen.

Minister Dr. Remmele

führt aus: Das Ministerium des Innern habe kein Interesse daran, den Verfassungstag in das Gedächtnis des badischen Volkes einzuknüppeln. Der landwirtschaftlichen Bevölkerung müsse auch für den 11. August die Ausnahme zustehen, die ihr auf Grund der allgemeinen Polizeiverordnung zustehe. Es sei unrichtig, daß in großem Umfang Bestrafungen vorgekommen seien. Da und dort werde man den Eindruck eines ostentativen Verhaltens nicht los. Es werde den Bezirksämtern in diesem Jahr ein Erlaß zugehen, wonach mit Rücksicht auf die Witterungsverhältnisse der Ausübung landwirtschaftlicher Arbeiten keine Schwierigkeiten bereitet werden sollen. Damit könnte man sich eigentlich begnügen. Der Minister wendet sich dagegen, daß der 11. August diktiert worden sei. Die badische Regierung habe ihre Verordnung im engsten Benehmen mit den Volkskreisen erlassen, die auf dem Boden der Verfassung stehen. In den letzten Jahren sei es gelungen, zu den Verfassungsfeiern große Massen des erwerbstätigen Volkes heran zu bringen. Wer sein Volk und Vaterland liebe, sollte sich darüber freuen. Der Minister hofft, daß in Bälde eine reichsgesetzliche Regelung zustande komme. Der jetzige Zustand sei allerdings unhaltbar. Es sei auch in dieser Frage Duldsamkeit für die Kreise unseres Volkes zu verlangen, die den Verfassungstag feiern wollten.

Abg. Hertle (B. V.) lehnt den 11. August als politischen Feiertag ab.

Abg. Dr. Schofer (Zentr.)

führt aus: Die Verhältnisse in Baden liegen sehr verschieden. Auf dem hohen Schwarzwald z. B. müsse man jede landwirtschaftliche Arbeit als erlaubt ansehen. (Der Minister bestätigt dies durch Zuruf). Der Redner glaubt nicht, daß sich Bürgermeister finden, die hier zu streng sind. Die Gendarmen sind nicht dazu da, um an diesem Tag Patrouillen zu machen. Mißgriffe könnten vorkommen. Wenn man auch den Eindruck hat, daß, allerdings nicht in dem Sinne des Ministers, etwas zu forsch vorgegangen wird. Ueber die grundsätzliche und historische Seite der Frage führt der Redner aus:

Hätte man 1814/15 die Politik eingeleitet, die nötig war, so hätte man schon über ein Jahrhundert einen Nationalfeiertag und der wäre uns auch trotz des nationalen Unglücks von 1918 geblieben.

Die Frage ist die, ob der Verfassungstag der Tag für einen nationalen Feiertag ist. Wenn man sich an jene furchtbare Zeit erinnert, in der es um die Rettung des Reiches ging, hat man Grund zu sagen, daß man diesen Tag feiern darf. Auch Gottesdienste sollten an dem Nationalfeiertag gehalten werden, denn an Gottes Segen ist alles gelegen. Das Zentrum kann seine Haltung in dieser Frage gut begründen und verteidigen.

Abg. Duffner (Ztr.) regt an, ob es nicht möglich sei, auch die Frage des Nationaltrauertages im Zusammenhang mit der Frage des Nationalfeiertages zu regeln.

Staatspräsident Dr. Trunk

führt aus, daß sich die Badische Regierung für eine Regelung der Frage bereits eingesetzt habe. Allerheiligen oder Allerseelen sollte für den Nationaltrauertag bestimmt sein, aber auch der Totensonntag sei recht. Man sollte im ganzen Reich einen Tag haben, an dem man gemeinsam der Toten gedenkt. Die Regelung der Gottesdienste sei nicht Sache der Regierung, sondern der Religionsgesellschaften. Der Regierung könne es sehr erwünscht sein, wenn der Verfassungstag auch durch Gottesdienste gefeiert wird.

Abg. Baur (Deutsche Volkspartei) unterstreicht die Bitte um reichsgesetzliche Regelung des nationalen Trauertages.

Staatspräsident Dr. Trunk gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die vorliegende Frage bald geklärt werde, damit wir uns über diese Dinge nicht mehr streiten müßten.

Bei der darauf folgenden Abstimmung wird der Antrag der B. V., den 11. August als Verfassungsfeiertag aufzuheben, abgelehnt in Hinsicht auf die reichsgesetzliche Regelung der Frage.

Die Gesuche des Gemeinderats Mainwangen und des Verbandes badischer Gemeinden betr. Vereinigung der abgesonderten Gemarkung Madachhof mit dem Hauptort Mainwangen werden der Regierung mit der Maßgabe zur Kenntnis überwiesen, daß weitere Verhandlungen mit dem Ziele einer gütlichen Einigung aufgenommen werden sollen.

Die Neuregelung der Beamtenbezüge

Abg. Büchner (Ztr.) erstattet den Bericht des Haushaltausschusses über die eingegangenen Gesetzentwürfe.

Damit schließt die Vormittagssitzung gegen ½1 Uhr.

*

In der

Nachmittagssitzung

führte.

Finanzminister Dr. Schmitt

zur Frage der

Neuregelung der Beamtenbezüge

u. a. aus:

Besonders sei der badischen Beamtenschaft für die besonnene Haltung der letzten Wochen zu danken. Die badische Regierung kenne die Notlage ihrer Beamten und es sei wohl als eine Tat zu bezeichnen, daß sie zwei Vorlagen für **Beamtenbesoldungserhöhungen** herausgebracht habe. Kein anderes Land habe das getan. Das Reich wolle eine grundsätzliche Besoldungsreform im September zur Durchführung bringen. Dabei werde Baden den ihm zukommenden Einfluß im Interesse seiner Beamtenschaft gebührend ausüben. Die Finanzen aller Länder seien für eine Regelung vor dem 1. Oktober nicht ausreichend. Daher habe die badische Regierung, um wenigstens die größte Not bei den unteren Gruppen von I—VI zu lindern, eine zehnprozentige Abschlagszahlung ins Auge gefaßt. Wenn einmal die Reichsbesoldung endgültig neu geregelt sei, könne wohl an eine andere als im Reich getroffene Regelung in Baden nicht gedacht werden. Er hoffe, daß von Berlin über den Inhalt der Reichsbesoldungsreform so rechtzeitige Mitteilung ergehe, daß man auch mit Erfolg noch eingreifen könne. Die Beamtenbesoldung müsse in den Rahmen der allgemeinen Staatspolitik eingestellt werden. Der Staat dürfe die übrigen Stände nicht übersehen, kein Glied bevorzugen. Eine Erhöhung der Steuern wegen der Besoldungserhöhung sei unmöglich, sei aber auch nicht notwendig. Man habe sogar noch Steuern abbauen können. Wenn man den Reallohn auf 150 Prozent des Nominallohnes gegenüber der Friedenszeit ansetzte, so habe der Beamte dieses Realeinkommen nicht erreicht. Allerdings gäbe es viele Stände, die das auch nicht haben. Es gäbe aber Stände im Volke, die ihr Realeinkommen überschritten hätten. Dabei könne ruhig gesagt werden, daß ein großer Teil der durch die Inflation Enterbten Beamte seien. Der eine große Vorzug des Beamten bestehe in der Sicherheit seines Einkommens. Die wirksamste Erhöhung des Realeinkommens sei die Senkung der Warenpreise, aber nicht künstlich, sondern durch Erhöhung der Produktion, insbesondere der landwirtschaftlichen. Wenn auch der Reallohn nicht gewährleistet werden könnte, so müsse doch das Existenzminimum gesichert sein. Aber auch hier könne festgestellt werden, daß ein größerer Teil, besonders unter den Verheirateten, der unteren Beamtenschaft diese äußerste Grenze nicht erreiche. Die Not sei zum Teil durch die Inflation und durch unerschwingliche Mieten noch vergrößert worden. Wie groß die Not der Beamtenschaft sei, beweise auch die Tatsache, daß bei der Beamtenbank 5,9 Millionen Mark überzogen worden seien. Die Not zeige sich auch im Zurückgehen der Kinderzahl, in der Kleidung und in der Haltung des Beamten. Manche hätten sich auch schon, unverschuldet in Not geraten, an Staatsgeldern vergangen. Baden habe 737 neue planmäßige Stellen geschaffen, sodaß heute auf einen Angestellten 4,8 planmäßige Stellen kämen. In nächster Zeit würde auch jedenfalls inbezug auf die Krankenversicherung mit den Beamtenorganisationen ein Einverständnis erzielt werden können. Den Beamten sei es zu verdanken, dadurch, daß er bei der Revolution den Staat über die Staatsform gestellt habe, daß Ruhe und Ordnung im Vaterlande so schnell wieder eingekehrt seien. Der Staat habe ein großes Interesse an der Arbeitsfreudigkeit des Beamten, an der Mehrung seines Ansehens im Volke und an einem guten Nachwuchs.

Abg. Bauer (D. V.) erklärte namens seiner Partei, daß dieselbe der Vorlage zustimmen werde. Die Not der gesamten Beamtenschaft mache eine Erhöhung der Beamtenbezüge dringend notwendig.

Abg. Hofheinz (Dem.) begrüßt die Vorlage und stellt namens seiner Partei die Zustimmung in Aussicht.

Abg. Seubert (Zentrum)

führte u. a. aus: Von demagogischen Sprüchen und langen Reden, wie es die Kommunisten machten, hätten die Beamten nichts. Es müßten auch Leute zum Steuerzahlen da sein. Bei der Regelung der Besoldungsordnung im Jahre 1924 hätte man gewußt, daß damit nichts endgültiges geschaffen worden sei. Das Realeinkommen der Friedenszeit sei längst nicht erreicht. In besonderer Härte wirke sich die Not in den unteren Gehaltsstufen aus, da es in den Familien am Allernotwendigsten fehle. Die Beamten hätten mit Recht auf eine endgültige Verabschiedung der Besoldungsreform gedrängt. Aber nicht immer sei das mit dem nötigen Takt gemacht worden. So könne man es nicht machen, wie es die Oberbeamten bei ihrer Tagung in Nürnberg getan hätten. Dazu komme noch die viele Zeitungsschreiberei über Beamtenaufbesserungen, während der Beamte selbst nie etwas davon verspüre. Die Anträge der Beamten seien im Unterausschuß sorgfältig durchgearbeitet worden und manche Empfehlung an die Regierung gegeben worden. Das Zentrum erwarte, daß die Regierung für die berechtigten Wünsche der Beamten, für eine ordentliche Erhöhung des Gehaltes sich einsetze. Das Zentrum habe seinen Antrag auf eine 15prozentige Erhöhung der unteren Beamtengehälter nur deshalb zurückgezogen, weil der Finanzminister sich bereit erklärt hat, mit aller Energie dafür einzutreten. Die Gehaltsaufbesserung fließe sofort wieder in die Wirtschaft zurück. Es sei zu hoffen, daß jetzt endlich auch an die Aufbesserung der Löhne der Staats- und Reichsbahnarbeiter herangegangen werde.

Es sei eine himmelschreiende Sünde, diesen Arbeitern den gerechten Lohn vorzuenthalten. Den liberalen Anträgen auf Besserung der sozialen Lage der Kriegsbeschädigten stimme das Zentrum mit Freuden zu, doch müßte erwartet werden, daß die liberalen Antragsteller auf die ihnen nahestehenden Großindustriellen zugunsten einer besseren Behandlung der Kriegsbeschädigten einwirkten.

*

Zentrumsantrag auf Änderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes

Dem Badischen Landtag ist heute ein Antrag Dr. Baumgartner und Genossen als „Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Gesetzes des Grund- und Gewerbesteuergesetzes und die achte Aenderung des Steuerverteilungsgesetzes" zugegangen.

Der Einzige Artikel lautet:

Artikel IV des Gesetzes vom 7. Juli 1926 über die neunte Aenderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes und die achte Aenderung des Steuerverteilungsgesetzes erhält folgenden Absatz 2:

„Den Gemeinden bleibt es freigestellt, die Gemeindesteuern erst vom 11. April 1927 an nach den Bestimmungen des Gesetzes zu erheben."

Begründung:

Nachdem die Veranlagung gemäß den Bestimmungen dieses Gesetzes sich so lange verzögerte, empfiehlt es sich, den diesbezüglichen Wunsch des

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Gemeindeverbandes stattzugeben. Im übrigen wird auf die Begründung der Eingabe des Verbandes badischer Gemeinden verwiesen.

Abg. Weißmann (Soz.) polemisiert im Wesentlichen gegen den kommunistischen Redner und gegen die kommunistischen Anträge, schildert die Notlage der Beamtenschaft und beklagt die mangelnde soziale Gesinnung der Arbeitgeber.

Abg. Dr. Mayer (B. V.) hält die Wünsche der Beamten für begründet. Die Gehaltsverhältnisse seien in keinem Verhältnis zur Lebenshaltung. Der Staat habe die Pflicht zu helfen.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte, der dem Abg. Kühn (Ztr.) das Wort abschneidet, angenommen war, wird zur Abstimmung geschritten. Der Gesetzentwurf wird in erster und zweiter Lesung angenommen mit 54 Stimmen bei 4 Enthaltungen (Komm.). Ferner wird die Regierung ersucht:

1. bei der Reichsregierung auf möglichst baldige Neuregelung der Beamtenbesoldung hinzuwirken,
2. zu prüfen, inwieweit für den kommenden Staatsvoranschlag bezw. die kommende Besoldungsordnung
   a) in der Besoldungsordnung der untersten Gruppen Härten in der Einstufung, insbesondere in der Einstufung einzelner Beamtengruppen mit Rücksicht auf die Finanzlage des Staates beseitigt oder gemildert werden können,
   b) in Anpassung an andere Länder auch den badischen Beamten, denen bei der Wahrnehmung von Würdepflichten oder infolge der Besonderheit ihrer Dienstaufgaben erhöhte Auslagen erwachsen, für diese Auslagen besondere Vergütungen gewährt werden können,
   c) der Kreis der Beamten eingeschränkt werden kann, die bei auswärtigen Dienstgeschäften statt des geordneten Tagegeldes ein gekürztes Tagegeld erhalten,
   d) im Anschluß an künftige Reichsregelungen der Wohnungsgeldzuschuß der Beamten erhöht werden kann, wenn die Wohnungsmiete weiter erhöht werden sollte,
   e) die bisherige Schlechterstellung der sogen. Altpensionäre nach Wegfall des Besoldungssperrgesetzes beseitigt werden kann,
   f) bei der künftigen Reform des Beamtengesetzes den Beamtenhinterbliebenen unbeschadet der Weitergewährung der Sterbebezüge die Hinterbliebenenbezüge wieder vom Todestage des Beamten an bezahlt werden können.

Angenommen wird ferner folgender Ausschußantrag:

„Der Landtag ist auch heute noch der Auffassung, daß die Gleichstellung der sogenannten Altruhegehaltsempfänger mit den Neuruhegehaltsempfängern zu erstreben sei."

Eine Reihe von Gesuchen wird der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Es wird sofort in der Beratung des

Nachtrags zum Staatsvoranschlag für 1926 und 1927

fortgefahren. Ueber die Position „Staatsministerium" berichtet Abg. Heurich (Ztr.), der namens des Ausschusses die Zustimmung des Hauses zur Gabe des Staatsministeriums von 50 000 Mark an den Erzbischof von Freiburg anläßlich der Jahrhundertfeier des Erzbistums erbittet. Abg. Rückert (Soz.) gibt eine Erklärung daß seine Fraktion zwar Verständnis für die Gabe habe und den Zweck sogar begrüße, daß sie aber aus grundsätzlichen Erwägungen sich der Stimme enthalten müsse. Der Abg. Bock (Komm.) spricht sich schärfstens dagegen aus. Der Nachtrag des Staatsministeriums wird sodann mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die 4 Kommunisten bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten angenommen.

Für den Etat des „Ministeriums des Innern" sind 3 Berichterstatter vorgesehen, von denen die Abgeordneten Dr. Föhr (Ztr.) und Dr. Glockner noch referieren.

Schluß der Sitzung ½8 Uhr. Fortsetzung Donnerstag 10 Uhr.

*

Parlamentarischer Abend

Im Staatsministerium fand am Dienstag abend ein parlamentarischer Abend statt, zu dem Herr und Frau Staatspräsident Dr. Trunk Einladung erlassen hatten. Außer den Mitgliedern der Regierung fanden sich die höheren Beamten der Ministerien, Vertreter der Kirchen, der Kunst und Wissenschaft, der Wirtschaft, Gewerkschaften, sowie der Presse ein. Der Einladung wurde in sehr zahlreicher Weise Folge geleistet, zumal der gediegen würdige Charakter dieser Regierungsabende sich steter Beliebtheit erfreut, nicht zuletzt um die einzelnen Vertreter des öffentlichen Lebens sich menschlich näher zu bringen. Die Kapelle der vereinigten Polizeimusiker unter der Leitung des Herrn Obermusikmeisters Heisig bestritt den musikalischen Teil des Abends mit einem erlesenen Programm.

Tagungen

Jahresversammlung des Verbandes Deutscher Elektro-Installationsfirmen.

Stuttgart, 13. Juli. Der Landesverband Württemberg und Baden des Verbandes Deutscher Elektro-Installationsfirmen hielt vom 9. bis 11. Juli seine 2. Jahresversammlung in Stuttgart ab. Die Veranstaltung wurde am Samstag durch eine Sitzung des erweiterten Vorstandes eingeleitet. Am Sonntag fand die Hauptversammlung des Landesverbandes statt. Dipl. Ing. Donaubauer überbrachte die Grüße des Wirtschaftsministeriums und des Landesgewerbeamtes. Direktor Plebst die der Stadtverwaltung. Nach weiteren Begrüßungsansprachen erstattete der Geschäftsführer des Landsverbandes, Ing. Hugendubel, den Geschäftsbericht, aus dem hervorgeht, daß das Elektro-Installateur-Gewerbe im Jahre 1926 noch nicht allzuviel von der Besserung der Wirtschaftslage verspüren konnte. Es sei gelungen, bei einer größeren Anzahl von Werken Installateurausschlüsse zu gründen. Auch über den Wettbewerb der Großfirmen wurde geklagt, ferner über die ausgedehnte Schwarzarbeit und das Pfuschertum. Der Kampf solle mit allen Mitteln unter Mitwirkung der Feuerversicherungsgesellschaften geführt werden, da eine nicht ordnungsgemäß ausgeführte Anlage eine Gefahr für das Leben und Vermögen des Anlagebesitzers darstelle. Nach einem Referat des Syndikus des Verbandes, Dr. Aufrecht über „Unternehmen, Wirtschaft und Gesetzgebung im heutigen Deutschland" wurden zu Ehrenmitgliedern ernannt: Oberingenieur Wild-Stuttgart, Präsident Elbe-Freiburg und Direktor Stotz-Mannheim. Die nächste Jahreshauptversammlung findet in Freiburg statt.

Tagung der höheren Vermessungsbeamten.

Heidelberg, 12. Juli. Ueberaus zahlreich hatten sich die wissenschaftlich gebildeten Vermessungskundigen Badens am Samstag in Heidelberg eingefunden, um gemeinsam die schwebenden Standesangelegenheiten und zeitgemäße fachliche Fragen zu beraten. Der Tagung wohnten als Gäste an: ein Vertreter der Wasser- und Straßenbaudirektion, Vertreter der höheren Vermessungsbeamten Bayerns und Hessens und als Vertreter des Landesverbandes der höheren Beamten Prof. Taselmann, der die allgemeinen Forderungen der höheren Beamtenschaft bei der kommenden Besoldungsreform nachdrücklichst unterstrich. Einmütig und geschlossen verlieh die Versammlung dem festen Willen Ausdruck, daß die Organisation die berechtigte bessere Bewertung der Tätigkeit des Geometers durch eine gerechtere Einreihung in die Besoldungsordnung entschlossen erkämpfe. — Die bevorstehende Aenderung des Ortsstraßengesetzes gab Veranlassung, die formellen und sachlichen Vorschriften über Baulandumlegung auf ihre Bewährtheit in der Praxis zu prüfen. Ein guter Kenner dieses Gebietes, Stadtvermessungsrat Beckenbach-Mannheim, hielt einen erschöpfenden Vortrag über diese schwierige Frage, wobei er das Verfahren in anderen Ländern beizog und kritisch würdigte. Nach lebhafter Aussprache wurden die Vorschläge für die Aenderung und Ergänzung des Gesetzes einem Ausschuß zur endgültigen Abfassung überwiesen. — Einen besonderen Reiz bot der hochinteressante Vortrag mit Lichtbildern des Reg. Baurats Dr. Ing. Merkel-Karlsruhe über die erste deutsche Gradmessung und die Aufnahme der kurpfälzischen Lande von 1762 bis 1772 durch den Jesuitenpater Professor Christian Mayer, Hofastronom des Kurfürsten Karl Theodor von der Pfalz. Der Redner berichtete über bisher unbekannte geodätische Arbeiten Mayers und ihre Genauigkeit und gab im Anschluß daran einen Ueberblick über die Entwicklung des Kartenwesens im 18. Jahrhundert, wobei er auch die erste deutsche Karte mit einwandfreier trigonometrischer Grundlage, aufgenommen von Christ. Mayer, in mehreren Lichtbildern vorführte. Ueber den Stand des Feldbereinigungswesens in Baden und in Deutschland referierte Vermessungsrat Morlock-Karlsruhe, der zunächst einen Ueberblick über die hohe wirtschaftliche Bedeutung der Feldbereinigung für die Landwirtschaft und die Volksernährung gab und darauf hinwies, daß alles getan werden müsse zur Förderung dieser Kulturverbesserung, daß auf Senkung der Kosten, namentlich auch der für die Vermessung, hingearbeitet werden müsse, praktische Vorschläge hierfür machte nud warm für eine Erhöhung der Grenze der Teilbarkeit landwirtschaftlicher Grundstücke von 9 auf 18 Ar eintrat. Das Ergebnis der Beratungen über diesen wichtigen Punkt, wird der Regierung und den interessierenden Kreisen zur Kenntnis gebracht werden. Als Ort der nächsten Tagung wurde Offenburg bestimmt.

Familien-Drucksachen

Visitenkarten
Verlobungsanzeigen
Vermählungsanzeigen
Geburtsanzeigen
Briefbogen
Couvert

in vornehmer Ausstattung
bei soliden Preisen empfiehlt

Badenia A.-G. Karlsruhe i. B.
Telephon Nr. 6235-37 / Steinstraße Nr. 17-21

Karlsruher Bürgerausschuß

(Schluß des Sitzungsberichtes)

Karlsruhe, 12. Juli.

Eine weitere stadträtliche Vorlage betraf das

Straßenbauprogramm 1927/28.

Es sollen außer den im Voranschlag 1927 zur Ausstattung mit festen, staubfreien Belägen vorgesehenen Straßenflächen weitere 47 800 Quadratmeter Fahrbahnen städtischer Straßen neu befestigt werden. Der Aufwand dafür ist auf 815 000 Reichsmark veranschlagt und soll gedeckt werden: aus dem Erneuerungsfond der Städt. Straßenbahn mit 115 000 Reichsmark und aus Anlehensmitteln mit 700 000 Mark. Nach der Begründung zur stadträtlichen Vorlage sind die Straßenteerungen nur auf Straßen mit kleinem Verkehr ein gutes Mittel zur Herstellung staubarmer Oberflächen und zur Erzielung einer längeren Lebensdauer der Schotterstraßen; bei mittlerem Verkehr wird aber die Teerdecke Jahr für Jahr noch schneller verbraucht, und bei Straßen noch stärkeren Verkehrs wäre die Teerung sinnlos. Dem stark steigenden Kraftwagenverkehr sind die Schotterstraßen nicht mehr gewachsen; hier können nur harte Beläge für die Befestigung der Straßen in Betracht kommen, um unwirtschaftlich hohe Straßenreinigungs-, Unterhaltungs- und Erneuerungskosten sowie eine unerträgliche Staubbelästigung zu vermeiden. Zur Befestigung sind vorgesehen: ein Teil der Zähringerstraße, der Kaiserstraße, der Moltkestraße, der Weinbrennerstraße, der Scheffelstraße, der Schwarzwaldstraße, der Kaiserallee, der Rastatter Straße, der Grünwinkelerstraße, der Ettlingerstraße (Unterführung), der Karlstraße, der Stephanienstraße, der Beiertheimer Allee, die Diagonalstraße, Karlsplatz—Albtalbahnhof und die östliche Hälfte des Karlsplatzes.

Auf kurze Ausführungen des Stadtv. Siegrist spricht Bürgermeister Schneider über das Verfahren bei den Straßenherstellungen und speziell über die Stefanienstraße.

Stadtv. Westenfelder (Komm.) spricht für Heranziehung des Luxus-Autoverkehrs zu den Lasten der Straßenherstellung und wünscht die Reparatur weiterer Straßen.

Stadtv. Hebinger (Ztr.) bezeichnet die Vorlage als eine Nachlese des Voranschlags. Eigentlich sollte der Aufwand dafür aus Wirtschaftsmitteln bestritten werden, die Vorlage fordert aber Anlehen. Allein bei der Entwicklung des Lastwagenverkehrs geht es nicht mehr anders als mit Anlehen. Die Ausfallstraßen der Stadt in den Vororten, haben unter diesem Verkehr immer schwerer zu leiden; die Häuser werden zum Teil ruiniert. Die Stadt muß von dem Staubqualm befreit werden. Die Tullastraße sollte bis zum Friedhof durchgeführt und die Straßenverhältnisse von Rintheim endlich reformiert werden. Die Beiertheimer Allee (als Erholungsplatz) sollte für den Kraftwagenverkehr gesperrt werden. Ob sich gegen den ruhestörenden Nacht-Lastkraftwagenverkehr nichts tun lasse? Redner klagt auch über den nervenzerrüttenden Lärm der Motorräder, namentlich in der Nähe der Reparaturwerkstätten für diese Räder. Der Vorlage stimmt Redner zu.

In der Abstimmung wird dann die Vorlage angenommen.

Die Erweiterung des Schlacht- und Viehhofes

bildete den Gegenstand der nun zur Verhandlung kommenden stadträtlichen Vorlage. Er soll durch folgende Neubauten und Umbauten erweitert werden: a) Erweiterung der Kaldaunenwäsche im Schlachthof, mit einem Aufwand von 122 200 Mark, b) Neubau einer Schweinemarkthalle im Viehhof 377 500 Mark, c) Einbau von Zwischenwänden in der großen Viehmarkthalle 8000 Mark, Vergrößerung des Portierhauses am Viehhofeingang 2000 Mk. und e) Einrichtung von Büroräumlichkeiten für die Viehhändler 5500 Mark. Der Gesamtaufwand beträgt 515 200 Mark und soll aus Anlehensmitteln bestritten werden, die innerhalb 25 Jahren aus Wirtschaftsmitteln zu tilgen sind. Der städtische Schlacht- und Viehhof wurde 1885/86 errichtet, bei einer weit über die Hälfte geringeren Einwohnerzahl der Stadt und genügt heute nicht mehr, obwohl in der Zwischenzeit mehrfach erhebliche Erweiterungen vorgenommen worden sind. Die Entwicklung des Verkehrs im Schlacht- und Viehhof hat auch so zugenommen, daß die Friedensverkehrsziffern im Viehhofe nicht nur erreicht, sondern bei sämtlichen Tiergattungen bereits überschritten sind. Es tritt dabei auch immer deutlicher in Erscheinung, daß der Karlsruher Markt als südlichst gelegener deutscher Schlachtviehmarkt sich zu einem großen Umschlagplatz entwickelt, und für eine erfolgreiche Abwehr der Konkurrenz anderer Schlacht- und Viehhöfe gilt es, rechtzeitig die nötigen Einrichtungen zu schaffen. Für eine Erweiterung des Schlachthofes sind heute die Verhältnisse wesentlich günstiger, da es möglich werden wird, auf dem Gebiet der ehemaligen Gottesauer Kaserne das nötige Gelände zu erwerben; der Schlachthof kann dann mindestens noch 30 bis 40 Jahre an seiner jetzigen Stelle bleiben und den jeweiligen Bedürfnissen entsprechend ausgestaltet werden. Für den Ausbau des Viehhofes muß wohl später einmal ein Teil des Meßplatzes herangezogen werden, der aber dann nach Osten hin vergrößert werden kann.

In der Diskussion äußert Stadtv. Dennig (D.-lib. Vp.) einige Wünsche. Stadtv. Mozer (Komm.) stimmt der Vorlage zu, kritisiert den Schlachthofbetrieb als veraltet und verwirft das Schächten und wettert gegen die Zollpolitik. (Der Vorsitzende ruft den Redner wiederholt zur Sache.)

Die Vorlage wird schließlich einstimmig angenommen.

Die Belieferung der Gemeinde Hagsfeld mit Strom und Gas

bildet den Gegenstand der nächsten Vorlage. Es soll mit der Gemeinde Hagsfeld ein Vertrag über die Lieferung mit elektrischem Strom geschlossen und der Vertrag zwischen der Stadt Karlsruhe und der Gemeinde Hagsfeld von 1909 über die Versorgung Hagsfeld's mit Gas dahin abgeändert werden, daß der Gaspreis für Hagsfeld gleich ist dem für die Karlsruher Gasabnehmer. Nach Hagsfeld wird ein Hochspannungskabel nebst einer Transformatorenstation erstellt und das Ortsnetz. Der Aufwand dafür — rund 54 000 Mark — wird aus Anlehensmitteln bestritten. Für den Strompreis in Hagsfeld, ebenso für die sonstigen Lieferungsbedingungen soll die Karlsruher Bezugsordnung gelten. Der Vertrag wird auf 20 Jahre abgeschlossen; die Gemeinde Hagsfeld ist aber berechtigt, vom 15. Jahre des Vertrags ab das Leitungsnetz nebst der Transformatorenstation mit Zubehör zum Sachwert zum Selbstbetrieb zu erwerben, bleibt aber verpflichtet, bis zum Ablauf des Vertrags den elektrischen Strom von der Stadt Karlsruhe weiterzubeziehen. Um das Zustandekommen des Stromvertrags zu sichern, glaubte der Stadtrat dem Anspruch der Gemeinde Hagsfeld, daß ihr künftig das Gas zu demselben Preise geliefert wird, wie ihn die Abnehmer in Karlsruhe bezahlen, entsprechen zu sollen.

Auch diese Vorlage wird ohne Diskussion angenommen.

Ebenso die letzte, betr.

Ernennung des Gemeinderichters und dessen Stellvertreter

Da Stadtrichter Neukum auf 1. Juli d. J. aus dem städtischen Dienste ausgeschieden ist, um die Leitung des neuen Karlsruher staatlichen Arbeitsgerichts, das anstelle des bisherigen städt. Gewerbe- und Kaufmannsgerichts getreten ist, zu übernehmen, soll Herr Rechtsrat Dr. Fichtl das Amt des Gemeinderichters im Nebenamt und die Stadtrechtsräte Herrmann, Gut, und Resch dessen Stellvertretung als Gemeinderichter übernehmen. Nachdem das städt. Gewerbe- und Kaufmannsgericht weggefallen ist, bedarf es eines besonderen Stadtrichters nicht mehr.

Stadtv. Wild (Ztr.) vom geschäftsleitenden Vorstand spricht dem zurückgetretenen Stadtrichter Neukum für seine verdienstvolle Tätigkeit Dank und Anerkennung des Bürgerausschusses aus.

Damit war die Tagesordnung erledigt und die Sitzung zu Ende.

Spiel und Sport

Knielinger Pferderennen. Das am Sonntag, den 17. Juli, nachmittags 2 Uhr, stattfindende Knielinger Pferderennen verspricht eine sportliche Veranstaltung von bedeutendem Range zu werden. Die Nennungen zu den einzelnen Rennen sind sehr zahlreich. Bis jetzt sind über 90 Nennungen eingegangen. Vertreten ist Baden, die Pfalz, Hessen, das Saargebiet und zum erstenmal Frankreich. Ein schönes Bild wird der geschlossene Aufmarsch der Reitervereine der Hardt in ihrer bunten Kleidung mit etwa 60 Pferden darbieten. Der Besuch der Veranstaltung verspricht deshalb lohnend zu werden, zumal die Eintrittspreise nieder sind.

Die Bunte Zeitung

Die größte Stadt der Welt — arm an Telefonen.

Nach den letzten Statistiken, die von dem englischen Post- und Telegraphenwesen ausgegeben wurden, befinden sich in ganz London nur 515000 Telefone. Diese Ziffer scheint wohl hoch, doch wenn man bedenkt, daß London ungefähr acht Millionen Einwohner hat, bedeutet diese Anzahl nur ein Telefon auf 16 Personen oder 6 Telefone auf 100 Personen. Dies ist ein sehr geringer Prozentsatz für eine Stadt wie London. Die großen amerikanischen Städte wie Newyork, San Franzisko, Chicago, Washington, Mineapolis, Denver, und andere große Städte, haben ungefähr 20—28 Telefone auf 100 Personen. Selbst Montreal hat den doppelten Prozentsatz von London und Stockholm das Vierfache.

Ein englischer Geschäftsmann hat ausgerechnet, daß es in Deutschland 13 Städte gibt, die im Verhältnis ihrer Einwohnerzahl mehr Telefone haben als London.

Jeder Fremde der nach London kommt, empfindet wie schwierig es ist, Bekannte mittels Telefon zu erreichen. Es wird keinem Fremden einfallen eine öffentliche Telefonzelle aufzusuchen, um einem Bekannten zu telefonieren. Denn vor der Zelle steht immer eine große Menschenmenge, die wartet bis die Reihe an sie kommt, um zu telefonieren, weil man im eigenen Hause kein Telefon hat.

Literatur

„Wie retten wir unsere Jugend vor dem sittlichen Untergang?" Die brennendste Erziehungsfrage bleibt die Erziehung zur sittlichen Reinheit. In geradezu erschreckendem Ausmaß ist unsere Jugend besonders in den Reifejahren bedroht. Es hat den Anschein, als ob diese Bedrohung immer schlimmer würde. Schundschriften, die in Millionen von Exemplaren ins Volk gebracht werden, Kameraden, Kino, Revue und vieles andere verbreiten das Gift der Unreinheit. Die Statistiken der geschlechtskranken Jugendlichen weisen furchtbare Zahlen auf. Und doch lassen Millionen von Eltern ihre Kinder im schwersten Kampf ihres Lebens ohne jede Hilfe. Zwei kleine Schriftchen enthalten kurz, knapp und klar alles, was die Eltern wissen müssen, um diese schwierige Erziehungsarbeit zum besten ihrer Kinder zu leisten. Die Titel der Schriftchen lauten: „Die Erziehung des Jungen zur sittlichen Reinheit" und „Die Erziehung des Mädchens zur sittlichen Reinheit". Ein Büchlein für die Hand der Eltern. Beide sind im Verlag der Kath. Schulorganisation, Düsseldorf, Reichsstraße 20/22, erschienen und zum Preise von Mk. 0.40 zu haben. Kein katholischer Vater und keine katholische Mutter, die heranwachsende Kinder haben, darf es unterlassen, sich diese Schriftchen sofort zu bestellen.

Größte Freilichtbühne Deutschlands **Neustadt / Hdt.**

MOSES
von Seb. Wieser
(Gewaltiges Volksschauspiel.)
Jeden Sonntag bis 16. Oktober 3½—7 Uhr
Kleine Preise. / 6000 num. Plätze. / Gedeckte Halle

Badische Landeswetterwarte

Ausgegeben am Mittwoch

Baden hatte gestern nach der kurzen dauernden Aufheiterung des Vortages wieder wolkiges Wetter. Am Nachmittag kam es allenthalben zu Regenfällen, die vielfach in Begleitung von Gewittern auftraten. In das flache Hochdruckgebiet das gegenwärtig vom Nordmeere bis zu den Alpen und den Pyrenäen reicht, sind kleine Tiefdruckreste eingebettet, die für uns zunächst noch veränderliche Witterung in Aussicht stellen.

Voraussichtl. Witterung für Donnerstag: Wechselnd wolkig, Regen vereinzelt mit Gewitterbegleitung.

Wasserstände des Rheins: Waldshut 376, gef. 28; Schusterinsel 285, gef. 15; Kehl 408, gef. 22; Maxau 630, gest. 32; Mannheim 517, gest. 61.

Stadion-Einweihung der Technischen Hochschule

Endlich konnte die festliche Weihe des Stadions stattfinden. Trotz mannigfaltiger Hemmnisse ist ein Werk entstanden, das man in jeder Hinsicht vorzüglich nennen muß. Eine glänzend angelegte Aschenbahn umschließt einen vortrefflichen Fußballplatz mit Sprung- und Wurfanlagen. Eine mächtige Tribüne bietet Hunderten von Besuchern Platz und enthält eine nach modernsten Grundsätzen angelegte Gymnastikhalle, neben den Auskleideräumen und einer idealen Waschanlage. Hinter dem Fußballplatz dehnt sich eine herrliche Tennisanlage mit mehreren Plätzen aus. Bald wird die Anlage noch durch das Studentenhaus, dessen finanzielle Seite schon gesichert ist, vervollständigt werden.

Zu der Einweihungsfeier hatten sich zahlreiche Vertreter der städtischen und staatlichen Körperschaften neben der gesamten Professorenschaft der Technischen Hochschule eingefunden. U. a. bemerkte man Herrn Staatspräsidenten Dr. Trunk, Herrn Kultusminister Leers, Herrn Ministerialdirektor Huber und Herrn Oberbürgermeister Dr. Finter.

Der Erbauer des Stadions, Herr Professor Dr. Alker dankte zunächst allen denen, die an dem Werke, das letztlich ein neuer Beweis für Deutschlands Aufschwung sei, mitgearbeitet haben. Der Rektor der Fridericiana, Herr Professor Dr. Probst gab in seiner Ansprache einen kurzen Rückblick über die Leibesübungen im allgemeinen. Im Gegensatz zu früher sei man jetzt zur Erkenntnis gekommen, daß die Harmonie zwischen Geist und Körper nur durch Leibesübungen zu erwerben sei. In dieser Erkenntnis habe die Technische Hochschule ein Stadion errichtet, das durch das Entgegenkommen von Stadt, Staat, Reich und Industrie ermöglicht worden war. Neben diesen dankte der Rektor auch noch Herrn Prof. Dr. Paulcke, der durch seine Initiative den Plan verwirklicht habe. Möge die vorzügliche Anlage in hohem Maße benützt werden, damit der Nachwuchs der Fridericiana den Anforderungen des Lebens in jeder Hinsicht gewachsen wären.

Hierauf ergriff Herr Kultusminister Leers das Wort. Man stehe no chunter dem Eindruck der Tagung für Leibesübungen und Jugendpflege, bei deren Kundgebung die Studentenschaft ihre Zugehörigkeit zu dieser Bewegung bewiesen habe. Das Stadion inmitten der Arbeitsstätte möge Symbol sein. Keine Berufswettläufer und Athleten sollen gezüchtet werden, sondern der Sport solle der Erhöhung der Leistungsfähigkeit dienen. Die Vorbedingungen seien gegeben. Möge die Studentenschaft zu ihrem eigenen Nutzen und dem des deutschen Vaterlandes die Anlage im richtigen Sinne gebrauchen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Finter bemerkte in seinen Ausführungen, daß die Stadt ein großes Interesse an dem Wohlergehen der Technischen Hochschule habe und daß sie es sich deshalb zur Ehre anrechne, am Bau des Stadions mitgeholfen zu haben. Das Stadion werde nicht nur der Hochschule, sondern der ganzen Stadt zur Zierde gereichen.

Hierauf vollzog sich der Einzug der Studentenschaft in die Anlagen, während die Gäste auf der Tribüne Platz nahmen. Der Vorsitzende des Akademischen Ausschusses für Leibesübungen, Prof. Dr. Paulcke, gedachte ehrend der im Weltkriege gefallenen Studenten, kennzeichnete als Ziel für die Zukunft die Heranbildung eines starken deutschen Führertums und feierte das heute hier verwirklichte Ideal einer vorbildlichen Anlage. Der Vorsitzende der Asta sprach den Dank der Studentenschaft aus und feierte Prof. Paulcke als Vorkämpfer für akademische Leibesübungen.

Die folgende Austragung der

Hochschulmeisterschaften

zeigte indessen, daß die Technische Hochschule auf dem Gebiete des Sports kein Neuling mehr war. Das erfreulichste an den Kämpfen war die zahlreiche Beteiligung, die einen guten Durchschnitt erreichte. Wegen der Weichheit der Bahn hatte man die Läufe schon am Vormittag im Phönixstadion ausgetragen, um nachmittags die Sprung- und Wurfkonkurrenzen zur Entscheidung kommen zu lassen. Einen interessanten Einblick in das Schaffen der Hochschule auf dem Gebiet der Leichtathletik gab ein Ausschnitt aus dem Uebungsbetrieb. Turnen am Reck, Barren und Pferd, Arbeiten mit dem Medizinball, Gymnastik, Fechten, die Gymnastik der Studentinnen nicht zu vergessen, ließen die Vielfältigkeit der Arbeit auf dem Sportplatz ahnen. Eine 10×100 Meter-Staffel bildete den Höhepunkt des Nachmittags. Nach spannendem Kampf konnten die Phönixler mit gutem Vorsprung die Staffel gewinnen (jedoch außer Konkurrenz.) Den Abschluß des Programms bildete ein Fußballwettspiel der Karlsruher Hochschule gegen die T. H. Darmstadt. Während der Halbzeit nahm der Rektor die Preisverteilung vor, die folgendes Ergebnis hatte:

100 Meter-Lauf: 1. Wolf, Hohenstaufen, 11,5 Sek.; 2. Dietz, Maschinenbau, 11,4 Sek.; 3. Meyer, Maschinenbau, 11,6 Sek.

200 Meter-Lauf: 1. Wolf, Hohenstaufen, 23,8 Sek.; 2. Dietz, Maschinenbau, 24,0 Sek.; 3. Liebrecht, Maschinenbau, 26,7 Sek.

400 Meter-Lauf: 1. Lehmann, Maschinenbau, 56,3 Sek.; 2. Hacker, Unitas, 56,8 Sek.; 3. Brecht, Eberstein, 59,2 Sek.

800 Meter-Lauf: 1. Deck, Teutonia, 2:05,5 Min.; 2. Walch, Architektur, 2:14 Min.; 3. Berk, Architektur, 2:19 Min.

1500 Meter-Lauf: 1. Jahraus, Elektrotechnik, 4:51,7 Min.; 2. Maurer, Vitruvia, 4:53,4 Min.; 3. Graf, Hohenstaufen, 4:55,8 Min.

5000 Meter-Lauf: 1. Krumnow, V.C., 19:02,6 Min.; 2. Heid, Architektur, 19:54 Min.; 3. Bleisteiner, Eberstein, 20:48 Min.

4×100-Meter-Korporationsstaffel: 1. Cimbria, 49,8 Sek.; 2. Eberstein, 50,0 Sek.; 3. Elektrotechnik, 50,5 Sek.

3×1000-Meter-Staffel: 1. Ghibellinia, 9:36,4 Min.; 2. V.C., 9:40,4 Min.

10×100-Meter-Staffel: 1. Karlsruher Burschenschaft, 2:02,5 Min.; 2. Hohenstaufen, 2:05,4 Min.; 3. Cimbria, 2:09,2 Min.

Hochsprung: 1. Becker, Sinapia, 1,65 Meter; 2. Bruselmeier, 1,65 Meter; 3. Schmitt, 1,60 Mtr.

Weitsprung: 1. Bruselmeier, 6,10 Meter; 2. Rothe, Cimbria, 6,05 Meter; 3. Becker, Sinapia, 5,72 Meter.

Stabhochsprung: 1. Unger, frei, 2,70 Meter; 2. Lang, frei, 2,50 Meter.

Kugelstoßen: 1. Hoepke, Hohenstaufen, 20,95 Meter; 2. Lohnert, Vitruvia, 18,53 Meter; 3. Wolf, Alemannia, 18,23 Meter.

Diskuswerfen: 1. Rothe, Cimbria, 32,20 Mtr.; 2. Hoepke, Hohenstaufen, 31,15 Meter; 3. Wolf, Alemannia, 29,85 Meter.

Speerwerfen: 1. Dietz, Freistudent, 43,90 Mtr.; 2. Wurthner, Freistudent, 42,55 Meter; 3. Rothe, Cimbria, 39,71 Meter.

Korporationsmehrkampf, Wanderpreis des Senats: 1. Sinapia, 250 Punkte; 2. Cimbria, 246 Punkte; 3. Arminia, 225 Punkte.

Fünfkampf: 1. Rothe, Cimbria, 233 Punkte; 2. Wirthner, Freistudent, 205 Punkte; 3. Stolle, Freistudent, 199 Punkte.

Faustballspiel: 1. V.C. Cimbria, 1. Mannschaft; 2. Freistudenten-Mannschaft Unger; 3. Catena.

Tennis, einzel offen: 1. Boström, Freistudent; 2. Rhebock, A.S.C.K.

Tennis, einzel, für Anfänger: 1. Bowaldt, Frisia; 2. Oehmichen.

Tennis, doppel offen: 1. Xanthopulos-Dewidesku; 2. Boström-Koch.

Tennis, doppel, für Anfänger: 1. Villinger-Dietz; 2. Lorenz-Katz.

Tennis, einzel für Akademiker: 1. Dr. Schroth, 2. Dr. Bohrmann.

Karlsruhe

den 14. Juli 1927

Die Zentrumsfraktion des Landtags

fand sich gestern mittag zu einem gemeinsamen Mittagessen im Bahnhofrestaurant Stelzer zusammen. Herr Prälat Dr. Schofer, der zur allgemeinen Freude wieder im Kreise der Fraktion weilt, richtete im Verlaufe des Zusammenseins herzliche Worte an die Mitglieder der Fraktion, sowie an die erschienenen Gäste. Aus Anlaß des Namesfestes des Herrn Landtagspräsidenten Dr. Baumgartner sprach der Parteichef dem unermüdlichen Parteifreund den herzlichsten Dank für seine einjährige Führung der Fraktionsgeschäfte aus. Es galt manche opfervolle Arbeit zu leisten, der sich Herr Präsident Baumgartner mit dem ihm eigenen Optimismus unterzieht. Sonach erinnerte der Parteichef an den Kettelertag, den die Fraktion bereits am Morgen durch ein Requiem, das Herr Stadtdekan Msgr. Dr. Stumpf zelebrierte, feierlich beging. Großen Dank schuldet die Erzdiözese diesem großen rheinischen Bischofe, der jahrelang der geistige Führer der Erzdiözese war. Es ist eine Verpflichtung für das badische Volk, wenn Bischof Ketteler es „eines der besten nennt, das nur jahrzehntelang von einer solchen Regierung mißhandelt wurde." Der Kampf um die Hervorkehrung der geistigen Werte gegenüber dem krassierenden Materialismus verbindet Ketelers Kampf mit dem Kampfe der deutschen Zentrumspartei.

Todesfall. Im Alter von 85 Jahren verschied nach kurzer Krankheit Geh. Oberregierungsrat a. D. Karl Salzer. Der Verstorbene, ein Sohn der Gemeinde Ispringen bei Pforzheim, stand im Rufe eines tüchtigen Verwaltungsbeamten und wirkte u. a. als Amtsvorstand in Triberg, Meßkirch, Ueberlingen und Emmendingen. Er war bis zu seiner Zuruhesetzung Kollegialmitglied bei der früheren Oberrechnungskammer.

Einen Oberschenkelbruch erlitt ein 27 Jahre alter Heizer von hier am Dienstag vormittag in einer Fabrik am Rheinhafen dadurch, daß ihm ein Schwungrad beim Transport gegen das Bein fiel.

Wem gehören die Fahrräder? Auf dem Büro der Kriminalpolizei befinden sich nachbeschriebene Fahrräder, deren Eigentümer bis jetzt nicht bekannt sind. 1. Ein Herrenrad, Rotaxfreilauf, aufwärts gebogene Lenkstange, Marke Emo, Fabr.-Nr. 60 675, schwarzer Rahmen, Felgen und Schutzbleche. 2. Ein Herrenrad, Marke Jungkort, Fabr.-Nr. 26 578, schwarzer Rahmen mit feinen Goldstreifen, gelbe Felgen mit schwarzen Streifen, Kometfreilauf. 3. Ein Herrenrad, Marke Opel, Fabr.-Nr. 1 068 887, schwarzer Rahmen, Felgen und Schutzbleche, elektrische Beleuchtung, Marke Bosch. 4. Ein Herrenrad, Marke Adler, Fabr.-Nr. 428 935, schwarzer Rahmen, Felgen und Schutzbleche.

Schlägerei. In einer Wirtschaft im Stadtteil Beiertheim wurde am 10. d. M., nachts 12.30 Uhr, ein Kraftwagenführer von hier nach vorausgegangenem Wortwechsel, von einem Arbeiter aus Lulach mit einem Bierglas auf den Kopf und ins Gesicht geschlagen, sodaß er erhebliche Wunden davontrug.

Ueberfahren. Als am Dienstag nachmittag ein 18 Jahre alter Arbeiter mit seinem Fahrrad kurz vor einem herankommenden Lastauto aus der Kriegsstraße in die Leopoldstraße einbiegen wollte, glitt er auf dem nassen Aspahlt aus, kam zu Fall und wurde überfahren. Er erlitt eine Hüftenquetschung und Hautabschürfungen und fand Aufnahme im Städt. Krankenhause.

Veranstaltungen

Wiener Operette im Konzerthaus. Heute gelangt die „Mariza" zur Wiederholung. In der morgigen Erstaufführung der großen Revue-Operette „Die Zirkusprinzessin", mit der die Emmerich-Kalman-Woche eingeleitet wird, sind die Hauptrollen mit Lya Beyer, die diese Rolle etwa 150mal am Theater a. d. Wien spielte, Gab. Benda, Claudine Rainold, Willi Wahle, Domy Czap, Willi Stadler und Philipp Hans Wenning besetzt. Direktor Brantner als Spielleiter hat für eine belebende Ausstattung und diverse szenische und artistische Tricks gesorgt, die sicher dazu beitragen werden, dem Werke jenen Erfolg zu sichern, den es seiner Qualität nach verdient. – Ab kommenden Sonntag beginnen die Sonntags-Vorstellungen mit Rücksicht auf die auswärtigen Besucher bereits um 7¼ Uhr.

Letzte Meldungen

Eine Familientragödie in Bochum.

Bochum, 12. Juli. In der Wohnung des Vertreters Krämer fand man heute früh die 23jährige Haustochter, die Ehefrau und den Ehemann tot auf. Wie sich später herausstellte, hat Krämer erst die beiden Frauen und dann sich selbst erschossen. Finanzielle Schwierigkeiten sollen der Grund zu der Tat gewesen sein.

Ein Lustmord nach 2½ Jahren aufgeklärt

Berlin, 13. Juli. In den Morgenstunden des 25. Januar 1925 wurde in einem Gebüsch des Arnswalder Platzes im Nordosten Berlins die Leiche einer 18jährigen Hausangestellten Stangierski gefunden, die einem Lustmorde zum Opfer gefallen war. Als Täter ist jetzt der 28jährige verheiratete wegen Sittlichkeitsverbrechens an einem 6jährigen Mädchen vorbestrafte Former Oppenkowski ermittelt worden. Er gibt an, im Zustande sinnloser Betrunkenheit gehandelt zu haben.

Handel u. Volkswirtschaft

Kursberichte

Berliner Devisen

	12. Juli Geld	12. Juli Brief	13. Juli Geld	13. Juli Brief
Buenos-Aires	1,788	1,792	1,787	1,711
Kanada	4,200	4,208	4,202	4,210
Japan	1,985	1,989	1,985	1,989
Kairo	20,95	20,99	20,98	21,02
Konstantinopel	2,153	2,157	2,155	2,159
London	20,425	20,465	20,485	20,475
Newyork	4,207	4,215	4,209	4,217
Rio de Janeiro	0,494	0,498	0,494	0,496
Uruguay	4,136	4,144	4,136	4,144
Amsterdam	168,48	168,82	168,65	168,99
Athen	5,664	5,676	5,664	5,676
Brüssel	58,53	58,65	58,56	58,68
Danzig	81,49	81,65	81,54	81,70
Helsingfors	10,597	10,617	10,60	10,62
Italien	22,86½	22,90½	22,895	22,936
Jugoslavien	7,418	7,422	7,408	7,4212
Kopenhagen	112,46	112,68	112,54	112,76
Lissabon	20,78	20,82	20,78	20,82
Oslo	108,59	108,81	108,69	108,91
Paris	16,47	16,51	16,475	16,515
Prag	12,47	12,49	12,476	12,496
Schweiz	80,955	81,115	81,04	81,20
Sofia	3,042	3,048	3,044	3,050
Spanien	72,18	72,32	71,83	71,97
Stockholm	112,69	112,91	112,72	112,94
Wien	59,24	59,36	59,28	59,40
Budapest	73,38	73,57	73,35	73,49

Berliner Effekten

	13. VII.
Ablösungsschuld kl.	297,5
dito, grosse	298
dito, ohne Auslosungsr.	18,10
Deutsche Reichsanl.	86,90
5% Badenkohlenwertanl.	12,95
5proz. Pr. Kali	6¼
5proz. Pr. Roggen	—
Hapag	146,5
Hansa Dampf.	232¾
Nordd. Lloyd	148
Danatbank	246
Deutsche Bank	—
Disk. Kommand.	166
Dresdener Bank	175
A. E. G. Stamm	192
Bergmann	202⅛
Berlin-Karlsruher	82¼
Deutsche Erdöl	166
Deutsch Kali	150⅜
Dtsch. Linoleum	271
Deutsche Maschinen	103¼
Dynamit Nobel	150
Elsässisch-Badische Wolle	84¾
Farben J. G.	307
Gaggenau	65¼
Gelsenkirchen	176¾
Ges. f. elektr. U.	247
Gritzner	123
Hammersen	175,5
Harpener	214,50
Holzmann	206
Karlsruher Maschinen	28
Knorr	180
Kollm. Jourdan	82,5
Leopoldsgrube	108
Mannesmann	203
Neckarsulm	126
Oberbedarf	107⅞
Orenstein	—
Phönix	130¼
Rheinische Stahlwerke	222¼
Südd. Zucker	155⅛
Sinner	75¼
Wieslocher Tonwerke	110
Zellst. Verein	168⅞
Zellst. Waldhof	329,5

Berliner Börsenstimmungsbild

Berlin, 13. Juli. Da die heute aus der Industrie vorliegenden Nachrichten weiter günstig lauteten, ist der Boden für eine weitere Aufwärtsbewegung geebnet. Der Rückgang der Arbeitslosenziffern, die deutsch-französischen Verhandlungen in den Fragen des Handelsprovisoriums und ein günstiger Bericht der Maschinenbauindustrie sind besonders hervorzuheben. Das Kommunique der Siemens-Schuckertwerke A.-G., das Ausführungen über die Umgründung der Siemens-Schuckert G. m. b. H. machte, enttäuschte dagegen, zumal es nicht geplant sei, den Aktionären von Siemens und Schuckert ein Bezugsrecht auf die neuen Siemens u. Halske-Aktien einzuräumen. Das Geschäft war zu Beginn der Börse besonders in Spezialwerten recht lebhaft, die durchschnittichen Kurserhöhugen betragen 2—3 Proz. Das Interesse der Börse hat sich jedoch gegen gestern auf andere Märkte verschoben, so sind Banken und Schiffahrtsaktien recht lebhaft, während Elektropapiere mit Ausnahme der gestern zurückgebliebenen Werten ruhiger liegen. — Farbenaktien können auch heute grosse Umsätze aufweisen. Die Ansicht ist dabei vertreten, dass die Konkurrenz des Mont Cenis-Verfahrens bisher unterschätzt worden war. Von einzelnen Werten gehen über den allgemeinen Rahmen bis zu 10 Proz. Löwe, Bemberg, Hamersen, Ostwerker hinaus, während Glanzstoff relativ knapp veranlagt sind. Im Verlaufe war die Börse nervös. Spezialwerte bieben zunächst weiter fest, Charlottenburger Wasser 4 Proz. höher, Rheinbraunkohle bis 4½ Proz., Hammersen bis 2 Proz. uds., dann aber trat eine merkliche Erschlaffung ein, und die Kurse gaben nach den überstürzten Steigerungen teilweise sogar unter Anfangsnievau nach. Anleihen und Ausländer nicht einheitlich, Pfandbriefe bei ebenfalls stillem Geschäft unverändert. Am Geldmarkt nennt man Tagesgeld 7 bis 8 Proz., Monatsgeld 8 bis 9 Proz., eine wesentliche Erleichterung ist nicht eingetreten. Am Devisenmarkt ist die Lage unverändert. Die deutsche Mark ist unter Schwankungen etwas fester.

Frankfurter Börse

Frankfurt a. M., 13. Juli. Die Abendbörse verkehrte bei etwas stillerem Geschäft in weiter fester Haltug. Auf Berliner Käufe ergaben sich gegen die Nachbörse neue Kursgewinne von durchschnittlich 1—2½ Proz. für die führenden Werte. Rheinstahl, Rheinische Braunkohle und Zellstoff Waldhof über 3 Proz. höher, dagegen I. G. Farben gegen den hohen Nachbörsenkurs von 314¾ nur behauptet. Nachdem im Verlaufe auf Realisationen der Börsenspekulation die Kurse etwas abbröckelten, belebte sich das Geschäft wieder, so dass die Börse in fester Haltung schloss.

Warenmärkte

Landwirtschaftliche Produkte

Berliner Produktennotierungen

Weizen: Pommerscher 290, Schlesischer 269½—270, Mecklenburgischer 268¾. Roggen: Märkischer 255—257, Pommerscher 253½ bis 253¾, Schlesischer 231½—231¾, Mecklenburgischer 231.50—232. Gerste: Sommergerste 260—273, Hafer: Märkischer 251—258. Mais: Loco Berlin 185—187. Weizenmehl 34¾—37¾. Roggenmehl 34—36¾. Weizenkleie 13¼. Roggenkleie 15¼—15½. Raps 315—325. Victoriaerbsen 44—58, kleine Speiseerbsen 28—32, Futtererbsen 22—23, Peluschken 21—22½, Ackerbohnen 22—23, Wicken 22—24½, blaue Lupinen 143—153¾, gebe Lupinen 15¾—17¾, Rapskuchen 15,4—15,8, Leinkuchen 20—20,2, Trockenschnitzel prompt 12½—13, Soya 19—19,9, Kartoffelflocken 34 bis 34½.

Vieh

Schweinemarkt in Bruchsal am 13. Juli 1927. Angefahren wurden: Milchschweine 177, Läufer 21. Verkauft wurden: Milchschweine 150, Läufer 13. Höchster Preis pro Paar Milchschweine 30 Mk., Läufer 64 Mk. Häufigster Preis pro Paar Milchschweine 24 Mk., Läufer 55 Mk. Niedrigster Preis pro Paar Milchschweine 13 Mk., Läufer 43 Mk.

Dem Viehmarkt in Kandern am 12. Juli waren 275 Stück Vieh zugefahren. Es kosteten: Grosse Ochsen 800—980 Mk., mittlere Ochsen und Wälderochsen 520—700 Mk., Nutzkühe 500—650 Mk., trächtige Kalbinnen 300—650 Mk., Wäldernutzkühe 300—450 Mk., Rinder zweijährig und älter 500—650 Mk., Jungrinder 220—400 Mk. Für Schlachtochsen wurden pro Pfund Lebendgewicht 58—63 Pfg. bezahlt. Bei der grossen Zufuhr war der Handel sehr lebhaft. — Dem Schweinemarkt am selben Tage waren 158 Milchschweine und 131 Läuferschweine zugeführt. Erstere kosteten 15—17 Mk. pro Stück, letztere 20—50 Mk. pro Stück. Auch hier wurde der grösste Teil abgesetzt.

Metalle

Berliner Metallnotierungen

Elektrolytkupfer 121¾ per 100 kg, Remelted-Plattenzink (von handelsüblicher Beschaffenheit) 50½—51½, Originalhüttenaluminium 210, desgleichen in Walz- oder Drahtbarren 214, Reinnickel 340—350, Antimon-Regulus 95—100, Silber in Barren 77¾ bis 78¾ per 1 kg.

Karlsruher Standesbuchauszüge

Todesfälle. 12. Juli: Elise Lohnert, Ehefrau von Ludwig, Heizungsmonteur, 55 Jahre alt; Ludwig Segewitz, Zementeur, Ehemann, 72 Jahre alt; Karl Scholl, Lokomotivführer, Witwer, 74 Jahre alt.

Herausgeber und Verleger: **Badenia, A.-G. für Verlag und Druckerei**, Direktor **Wilhelm Johner**, Karlsruhe i. B., Hauptschriftleitung: Dr. **J. Th. Meyer**. Verantwortlich für Nachrichtendienst, Politik und Handel: Dr. **Willy Müller-Reif**, für auswärtige Politik und Feuilleton: Dr. **H. A. Berger**, für Anzeigen und Reklamen: **Otto Kraus**, sämtliche in Karlsruhe, Steinstraße 17.
Rotationsdruck der Badenia, A.-G.
Sprechstunde der Redaktion nur 5—6 Uhr. Außer dieser Zeit nur auf telephonischen Anruf.
Berliner Redaktion:
Joh. Hoffmann, Berlin NW 23, Brückenallee 13.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Henko — Wasch- und Bleich-Soda — macht hartes Wasser weich!

Alwin Vater

Karlsruhe, Zirkel 32

Automobile Fahrräder Schreibmaschinen

Fernruf 256 und 6902
Postscheck-Konto:
Nr. 8212 Amt Karlsruhe

An unsere verehrl. Kundschaft!

Die Firma **Alwin Vater,** seit über 25 Jahren eine eigene Fabrik-Niederlage der Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer A.-G. Frankfurt a. M. ist **geändert.** Die neue Firma lautet nunmehr:

Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer AG.
Filiale Karlsruhe

Bei dieser Gelegenheit nehmen wir Veranlassung, unserer verehrl. Kundschaft für das uns bisher entgegengebrachte Wohlwollen und Vertrauen bestens zu danken u. bitten wir uns dasselbe auch fernerhin gütigst bewahren zu wollen. — Mit vorzüglicher Hochachtung

Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer AG.
Filiale Karlsruhe

Lebensbedürfnisverein
Karlsruhe

Neue Matjesheringe
solange Vorrat Stück Mk. —.06

Stuttgarter Frischwurst

Für Touren besonders empfohlen: prima frisch. **Ochsenmaulsalat** Dose Mk. —.65

hochf. **Salami-** und **Cervelatwurst, Gothaer Mettwurst, bayer. Bierwurst**

schönst geräucherten, mageren **Bauchspeck,** mit und ohne Bein

port. Oelsardinen

Alle Sorten **Käse** zu billigsten Tagespreisen 6700

„Karlsruher Herbsttage 1927"

Berichtigung!

In der öffentlichen Einladung des Verkehrsvereins zu einer Besprechung wegen Veranstaltung eines Umzuges muß es statt „Montag, den 18. August d. J., nachmittags 6 Uhr" heißen:

„Montag, den 18. Juli ds. Js., nachm. 6 Uhr".

Freitag / Samstag Montag

Reste-Tage

Die in großen Mengen angesammelten Reste von Waschstoffen, Kleiderstoffen, Anzugstoffen, Baumwollwaren, Weißwaren, Gardinen, Möbelstoffen etc. kommen mit bekannt **großer Preisermäßigung** zum Verkauf

W. Boländer

Schlafzimmer

eiche und poliert, bedeutend herabgesetzte Preise bei langjähr. Gar. Bequeme Teilzahlung!

Gebr. Klein
Durlacherstrasse 97
Rüppurrerstrasse 14

Operette im Konzerthaus

Heute 7¾ Uhr: der Welterfolg

Gräfin Mariza

Karten bei Müller, Kaiserstraße, Holzschuh, Werderstr., Brunnert, Kaiserallee, Verkehrsverein, Rathaus, Konzerthauskasse und telefonisch (7260) zu Mk. 1.50 bis 5.50.

Morgen zum 1. Male: Die Zirkusprinzessin.

Nach längerer praktischer Ausbildung in Berlin: innere Abtlg. des Neuköllner Krankenhauses (Professor Ehrmann); in Karlsruhe; chirurgische Abtlg. des Neuen St. Vinzentius-Krkhs. (Prof. Arnsperger); Kinderkrankenhaus (Prof. Lust); medizin. Abtlg. des Städt. Krankenhauses (Prof. Starck) und zuletzt an der Bad. Landesfrauenklinik (Ludwig-Wilhelm-Krankenheim, Professor Linzenmeier), habe ich mich hier als

Arzt und Geburtshelfer

niedergelassen.

Sprechzeit: Vormittags 8—9 und nachmittags ½3—5 Uhr

Dr. med. Robert Wachenheimer
Ritterstraße 40 (Ecke Gartenstrasse) — **Telefon 6626**

— Höhensonne und Diathermie —

Knielinger Pferderennen

Sonntag, 17. Juli 1927, nachmittags 2 Uhr, auf den Rennwiesen

4 Flachrennen, 2 Hürdenrennen, 2 Trabfahren auf Sulgis

3000 Mk. und Ehrenpreise.

Eintritt: I. Platz Mk. 2.—, II. Platz Mk 1.—.

Pferde- und Fohlenmarkt

des Warmblutschlags, Oldenburger Typ. **Montag, den 18. Juli 1927, vormittags 8 Uhr.** Beste Gelegenheit zum Ankauf von Zucht- und Gebrauchspferden. **Gemeinderat.**

Stadion Durlach.

Einweihungsfeier

Samstag, den 16. Juli, abends 8 Uhr

öffentlicher TANZ

Sonntag, den 17. nachmittags 2 Uhr ab Bahnhf. Durlach zum **Stadion** m. Musik

Von 8 Uhr ab sportliche, gesangliche und musikalische Darbietungen in den Sälen des Stadions und auf sämtlichen Sportplätzen

Ab 6 Uhr Festprogramm

veranstaltet vom

Gesangverein Konkordia Karlsruhe „ Nähmaschinenbauer Durlach

Ab 8 Uhr Tanzbelustigung

Eintritt 30 Pfg.

Die Veranstaltungen finden bei jeder Witterung statt.

Gardinen jeder Art, **Decken** usw. werden gewaschen und gespannt bei der

Färberei PRINTZ A.-G.

Annahmestellen überall. 4270 Tel. 4507/4508.

Amtliche Anzeigen.

Straßensperre.

Zwecks Herstellung neuer Walzdecken werden nachstehende Straßenstrecken des Amtsbezirks Karlsruhe jeweils während der Arbeitsausführung, die voraussichtlich in die beigesetzte Zeit fällt, für den gesamten Fuhrwerksverkehr von morgens 6 bis abends 7 Uhr gesperrt:

1. Kreisweg Nr. 8, zwischen Spöck und Neuthard, vom 22. bis 25. Juli.
2. Kreisweg Nr. 12, zwischen Spöck und Büchenau, am 26. und 27. Juli.
3. Kreisweg Nr. 11, zwischen Staffort und Spenglerseck, vom 27. Juli bis 2. Aug.
4. Kreisweg Nr. 2, Blankenloch—Friedrichstal von der Ahornbrücke bis zum Stutenseeweg, vom 2. bis 8. August.

Umgehungswege:

Bei O.Z. 1 Spöck, Büchenau, Neuthard.
Bei O.Z. 2 Spöck, Staffort, Büchenau.
Bei O.Z. 3 Staffort, Büchenau, Spöck, Spenglerseck.
Bei O.Z. 4 Blankenloch, Kreisstraße 9 gegen Leopoldshafen, Kreisweg Nr. 55 zum Spenglerseck.

Zuwiderhandlungen werden gemäß § 121 Pol.Str.G.B. mit Geld oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. O.Z. 86

Karlsruhe, den 11. Juli 1927.

Bad. Bezirksamt — Abt. IV.

Straßensperre.

Die Landstraße Nr. 19, Karlsruhe—Leopoldshafen, wird auf der Strecke von Kilometer 8,600 bis 6,170, d. i. vom Neureuterweg bis zur Einmündung in die Landstraße Nr. 2, Eggenstein-Neureut, zwecks Herstellung einer Dauerdecke vom 15. Juli ab bis auf weiteres für Fuhrwerke aller Art gesperrt.

Umgehungsweg: von Karlsruhe über Neureut nach Eggenstein und umgekehrt.

Zuwiderhandlungen werden gemäß § 121 Pol.Str.G.B. mit Geld oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft. O.Z. 85

Karlsruhe, den 11. Juli 1927.

Bad. Bezirksamt — Abt. IV.

Kathol. Arbeiter-Verein St. Bernhard.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unser liebes Mitglied, Herrn

Ludwig Segewitz

zu sich in die ewige Heimat abzurufen.

Wir empfehlen die Seele des Verstorbenen dem Gebete unserer Mitglieder u. bitten um zahlreiche Beteiligung beim Begräbnis am Freitag, 15. 7, nachm. 2 Uhr.

Der Vorstand.

Volksschauspiel Oetigheim bei Rastatt (Baden)

Natur- und Freilichtbühne

Wilhelm Tell v. Friedrich v. Schiller

Aufführung: Alle Sonn- und Feiertage vom 12. Juni ab bis 2. Oktober

Gedeckter Zuschauerraum mit 4000 Plätzen. — 800 Mitwirkende.

Preis der Plätze Mk. 1.— bis 6.— Anfang 2 Uhr. Ende 6¼ Uhr

Vorverkauf: Theaterkasse Oetigheim, Telefon 61, Rastatt. Karlsruhe: Zeitungskiosk b. Germaniahotel; Herder'sche Verlagsbuchhdlg., Herrenstr.; Fritz Müller, Musikalienhalle 2; G. Kraus, Buchhdlg., Baumeisterstr. 4; Zigarrenh. Brunnert, Kaiserallee

Soeben erschien in unserem Verlag:

Pflanzenlegenden

Schlichtfromme Erzählungen von Blumen, Büschen und Bäumen

von Richard Zoozmann

Mit 86 Abbildungen

Broschiert Mk. 2.20, gebunden Mk. 3.—.

Es sind Legenden, märchenduftige Berichte, wie sie sich, teils aus alten Tagen her, teils neuen Ursprungs und eigener Erfindung, um die Pflanzenwelt gesponnen haben: um schlichte Wald- und Wiesenblumen, um Kräuter, Gräser, Büsche und Bäume. Die sechsunddreißig Legenden, die das Buch enthält, sind in sieben Abteilungen zwanglos gegliedert, und zwar nach religiösen Gesichtspunkten. Sie berichten 1. vom Herrgott, dem himmlischen Gärtner, 2. von Christo als irdischem Pilgrim, 3. von Jungfrau und Mutter Maria, 4. von Jesu, dem lieblichen Knäblein, 5. vom Leiden und Sterben des Heilandes, 6. von Heiligen und Engeln, 7. vom Teufel und teuflicher Tücke. — Die einzelnen Begebnisse, sind, ihrem Inhalt entsprechend, in einer schlichtfrommen Holzschnittmanier geschnittmanier geschildert, oftmals mit launigem, herzerfrischendem Humor, immer aber in hochdichterischer Weise, dabei anschaulich und echt malerisch. — Die Bilder unseres, durch sein Geschick bekannten Zeichners, haben es glücklich verstanden, sich nach Form und Art dem Inhalt aufs innigste anzuschließen, so daß ein kleines Kunstwerk entstanden ist, das alt und jung in die Hand nehmen kann, und zur Freude und Erbauung auch in das Herz aufnehmen wird.

*

Vom gleichen Verfasser ist früher erschienen:

Franziskus-Legenden

Ein Buch der Andacht und Freude

In Leinen gebunden Mk. 4.—.

Eine köstliche Gabe zum Jubiläum sind die Franziskus-Legenden von R. Zoozmann. Er trifft den Legendenton meisterlich und die Auswahl, die er gibt, dürfte weithin Zustimmung finden. Besonders wervoll ist, daß der Sonnengesang des Heiligen auch in italienischer Sprache veröffentlicht ist und in einem Anhang Stücke aus Jacopone da Todi, Thomas von Celano und Gesang XI aus Dante, Paradiso beigefügt sind, lauter Stücke, die derselben Geisteshaltung entsprungen sind, die wir am hl. Franziskus bewundern.

(Rottenburger Monatsschrift f. prakt. Theologie, Oktoberheft 1926.)

Badenia A.-G. für Verlag und Druckerei **Karlsruhe**

Welches kath. Ehepaar oder alleinstehende Person

wünscht mit jüngerem kath. Ehepaar mit 1 Kind in einer schönen kleinen kath. Gemeinde in Mittelbaden mit kleiner Zig.-Fabr. und Landwirtschaft

in Familie zu leben?

Vermögen erwünscht, das durch größere Obstgarteneinnahme und Gewinnbeteiligung sichergestellt wird. Wohnung vorhanden. Empfehlung erwünscht.

Zuschriften unter Nr 995 an die Exped. ds. Blattes.

Bucherer Essig

Zur kommenden Hauptverbrauchszeit empfehle meine

reine Gärungs-Essige

wie Wein, Estragon Doppel und einfache

Bucherer

Neu eröffnet

Ecke Markgrafen- und Kronenstraße

Häuser

und Geschäfte vermittelt

M. Busam
Herrenstraße 38.

Diamant

Adler-Gritzner-Presto-Fahrräder

Nähmaschinen

Ersatzteile 2752
Reparatur-Werkstatt
Teilzahlung gestattet.

X. Hottner
Karlsruhe-Mühlburg
Hardtstr. 27, Ecke Rheinstr
1886 Telefon 1886

Gesucht für sofort ein fleißiges, ehrliches

Küchenmädchen

Hoher Lohn und gute Behandlung zugesichert. Trefzer, Hotel Karlsburg, Durlach.

Büfett neu, bill. zu verk. Brauerstr. 1. 6698

Neue, wertvolle

Fahrradmarken!

Herren-, Damen- u. Rennräder, 2 Jahre Garantie, sind weit unter Verkaufspreis auszulösen bei beauftragtem Spediteur **Eugen von Steffelin,** Baumeisterstr. Nr. 48, i. Vertr. **O. Hartmann.**

Nehmt **Musikunterricht** bei der **Musiklehrerschaft des Deutschen Musikerverbandes.**

Lehreradressen erhältlich in den Musikalienhandlungen 56

Josef Goldfarb
Herrenschneider

Kaiserstr. 181 Ecke Herrenstraße

Anruf 498 u. 2776

Schlafzimmer - Bilder

Preiswerte Bilder für alle Räume. Einrahmungen

Valentin Schläfers Kunsthandlung
Kaiserstr. 38

Spezial-Behandlung von Beinkranken

Sprechstunden: Werkt. ½9—½11 u. ½3—½6
Jeden 1., 3. und 5. Sonntag im Monat 9—5

Dr. med. E. Schmitt, Spezialarzt für Beinleiden

KARLSRUHE, Vorholzstr. 9, I., Tel. 520

Ferner Behandlung von Asthma, Bettnässen, Bruch- und Kropfleiden ohne Operation.